

Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.

Abonnementspreis 1,00 Mark pro Quartal erstl. Beistellgeld. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten, sowie die Expedition, Berlin S. 59, Urbanstr. 63 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate

pro vierstellige Beizeile 60 Pf., Stellengesuche 40 Pf.; für Verbandsmitglieder 40 Pf., Versammlungsanzeigen zc. 20 Pf. Privatanzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 43

Berlin, den 22. Oktober 1910.

26. Jahrgang.

Arbeiter, Parteigenossen, Gewerkschaftsmitglieder!

Das Anwachsen der Arbeiterbewegung auf politischem wie gewerkschaftlichem Gebiete, das seit dem Nachlassen der Krise in ganz Deutschland in so machtvolle Erscheinung tritt, liegt dem Unternehmertum und den reaktionären Parteien im Reiche arg auf den Nerven.

In dieser Situation erscheinen den Scharfmachern und der Regierung die Unruhen in Moabit geeignet, Wasser auf ihre reaktionären Mühlen zu leiten.

„Ausnahmegeetze gegen die Sozialdemokratie, Streik- und Zuchthausgeetze gegen die Gewerkschaften!“

So heulen die bezahlten Scharfmacherorgane von der „Post“ bis zur „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, von den „Hamburger Nachrichten“ bis zur „Norddeutschen Allgemeinen“, die jedem Reichskanzler ihr „Stück weißes Papier“ gesinnungslos zur Verfügung stellen.

Die Vorgänge in Moabit sind bekannt. Infolge Parteinahme der Polizei für die Streikbrecher und den Unternehmer gegen streikende Lohnarbeiter entstanden gelegentlich der durch berittene Polizisten geschützten Kohlentransporte Ansammlungen, bei denen der großstädtische Janhagel, der sonst bei Paraden u. dergl. jöhlt, gemeinsam mit einer Anzahl halbwildischer Jungen Ull und Kadau machte. Die bekannte Art, in der die Berliner Polizei bei solchen Anlässen eingreift, indem sie förmliche Hezjagden gegen friedliche Zuschauer oder ruhig ihres Weges gehende Arbeiter und Bürger veranstaltet, erbitterte die ganze Bevölkerung der betreffenden Stadtgegend und forderte sie förmlich zu Demonstrationen gegen die Polizeivillkür heraus. Die Polizei trieb es so arg, daß dieselbe Presse, die erst nicht genug tun konnte in Verhimmelungen der Polizei und Schmähung des „Höbels und Janhagels“, jetzt Tag für Tag von Ärzten, Beamten, Arbeitern, Vertretern der Presse Klagen veröffentlichten muß über unglaubliche Ausschreitungen der Schutzleute in Uniform und Zivil.

Trotz alledem lügen die Scharfmacherorgane: In Moabit handelte es sich um den „Anfang der Revolution“, die „Unruhen waren von den organisierten Arbeitern vorbereitet“. -- Die Berichte der Polizei selber konstatierten gleich in den ersten Tagen das Gegenteil! -- „Die sozialistische Jugendorganisation hat ihre Leute zu den Krawallen kommandiert!“ usw. Eine Schwindelnachricht löst die andere ab!

Man will die Bevölkerung im ganzen Reiche mit dem „roten Lappen“ graulich machen! Man will sie in Angst versetzen, um sie den reaktionären Zwecken dienlich und gefügig zu machen.

Der Parteivorstand.

Die Generalkommission der Gewerkschaften.

Den großen Unternehmern, den Zechen- und Kohlenbaronen, sind starke, ruhig wachsende Gewerkschaftsorganisationen ein Greuel, weil solche sie in ihrer schrankenlosen Ausbeutung hindern; den reaktionären Parteien und ihrem Werkzeuge, der Regierung, sind starke sozialdemokratische Organisationen verhaßt, weil diese sie hindern, ihre politische Macht uneingeschränkt zur Schröpfung und Unterdrückung der breiten Volksmassen zu benutzen. Darum ihre ewige Sehnsucht, die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen mittels Ausnahmegeetze zu erwürgen.

Statt eines freien Wahlrechtes in Preußen — Streik- und Zuchthausgeetze gegen die Arbeiter!

Das droht für die nächste Zukunft!

Arbeiter! Diese nichtswürdigen Pläne müssen vereitelt werden!

In Massenversammlungen muß die ganze Bevölkerung aufgeklärt werden über diese hinterlistigen Absichten der Scharfmacher!

Es ist Protest dagegen zu erheben, daß die Polizei bei jedem Streik für die Unternehmer eintritt und durch Massenaufgebot von Polizeiorganen, das angeblich dem Schutze der Streikbrecher dienen soll, die Streikenden hindert, ihre gesetzlichen Rechte auszuüben!

Es ist Protest dagegen zu erheben, daß die Streikbrecher, die vielfach vorbestrafte, gewalttätige Elemente sind, mit Waffen ausgerüstet werden, mit denen sie die Streikenden und die öffentliche Sicherheit gefährden.

Es ist Protest dagegen zu erheben, daß Vorgänge wie in Moabit, deren Ursachen in dem Verhalten der Polizei bei Streiks zu suchen sind, dazu herhalten sollen, die Notwendigkeit von Ausnahmegeetzen gegen Streikende, das heißt gegen die Gewerkschaften zu begründen.

Nur eine Aenderung des Verhaltens der Polizei bei Streiks wird Krawalle wie in Moabit verhindern. Nicht gegen die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft, sondern gegen die Uebergriffe der Polizei sind Gesetze notwendig!

Arbeiter! Wir rechnen auf Euch! Tut Eure Schuldigkeit! Der neue Anschlag der Reaktion muß mit aller Wucht abgeschlagen werden!

Statistische Erhebungen über unsere Berufsverhältnisse

werden in der Woche vom 14. bis 19. November seitens unseres Verbandes aufgenommen. Die Erhebungen sollen sich auf alle vorhandenen Berufsgenossen und Genossinnen erstrecken.

Kein Arbeiter, der vom Wert der Statistik überzeugt ist, darf sich seiner Pflicht, die geforderten Angaben zu machen, entziehen.

Nach die in anderen Gewerkschaften, — gleichviel ob freigewerkschaftliche, christliche, Hirsch-Duncker'sche und wie sie alle heißen mögen, — organisierten Kollegen und Kolleginnen, alle Unorganisierten müssen zur Teilnahme an der Statistik betrogen werden.

Jeder, gleichviel ob und wo organisiert, hat an der genauesten Kenntnis der Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen unseres Berufes Interesse. Für jeden einzelnen bringt die Statistik Vorteile.

Berufsgenossen und Genossinnen, Verbandsmitglieder, tut Eure Pflicht und tragt durch genaueste Ausfüllung der Fragebogen zum Gelingen des Werkes bei.

Unsere Erhebungen müssen so vollkommen als nur möglich werden!

Bekanntmachung des Vorstandes.

1. Eine allgemeine Berufsstatistik soll im November dieses Jahres aufgenommen werden. Die Aufnahme soll ähnlich wie im Jahre 1900 durch Ausgabe von Personen-, Werkstatt- und Ortsfragebogen erfolgen.

Als Termin für die Aufnahme ist die Woche vom 14. bis 19. November vorgesehen. Das erforderliche Material wird in den nächsten Tagen an die Gau- und Zahlstellen-Bevollmächtigten verandt werden und spätestens bis zum 1. November in deren Besitz sein.

Wir ersuchen die Bevollmächtigten, schon jetzt die nötigen Vorbereitungen zu treffen, damit möglichst alle Berufsangehörigen zur Ausfüllung der Fragebogen herangezogen werden. Soll unsere Berufsstatistik gelingen, so müssen die Gau- und Zahlstellenverwaltungen sich vorher genau mit der ganzen Materie vertraut machen und, nachdem dieses geschehen, dann ihrerseits die Vertrauensleute genau instruieren. Das wird am besten in besonderen Vertrauensmännerfahrungen geschehen, in denen die Personen- und Werkstattfragebogen Frage für Frage durchgegangen werden müssen, so daß jede Unklarheit behoben wird.

Um diese Aufklärung in möglichst weite Kreise zu tragen, empfiehlt es sich auch, in Werkstuben- und Mitgliederversammlungen auf die Wichtigkeit und den Wert der Statistik hinzuweisen und in einem besonderen Referat die Fragebogen zu erläutern.

Die Ausgabe der Fragebogen muß seitens der Gau- und Zahlstellenverwaltungen so rechtzeitig erfolgen, daß spätestens bis zum 5. November jeder Vertrauensmann im Besitz der für seinen Betrieb erforderlichen Zahl von Personen- und Werkstattfragebogen ist. Jedem Personenfragebogen ist ein geeignetes Stübert beizugeben. Die Personenfragebogen sollen im verschlossenen Stübert zurückgegeben und ungeöffnet an den Vorstand eingekandt werden. Die Vertrauensleute haben dafür zu sorgen, daß spätestens am Montag, den 14. November, jeder Berufsangehörige, Arbeiter wie Arbeiterin, ganz gleich ob organisiert oder nicht, den Personenfragebogen erhalten hat.

Die Personen-Fragebogen sind bis zum 19. November ausgefüllt an die Vertrauensleute zurückzugeben. Jeder Vertrauensmann muß verpflichtet werden, dafür zu sorgen, daß er alle von ihm ausgegebenen Fragebogen auch wieder zurückhält und diese, sowie auch die Werkstatt-Fragebogen unverzüglich an die Gau- bzw. Zahlstellenverwaltung weitergibt. Die Bevollmächtigten sind verpflichtet, dafür zu sorgen, daß möglichst von allen am Ort befindlichen Betrieben ein Werkstattfragebogen ausgefüllt wird.

In den Ortsfragebogen soll angegeben werden, wieviel Betriebe der verschiedenen Branchen am Orte überhaupt vorhanden sind und wieviel Berufsangehörige diese insgesamt beschäftigen, um danach den Prozentsatz der Teilnahme an der Statistik feststellen zu können. Wir ersuchen, die Zahl der vorhandenen Betriebe in den einzelnen Branchen möglichst genau festzustellen und auch die Zahl der darin beschäftigten Berufsangehörigen möglichst genau zu ermitteln.

Die Gauvorstände müssen bestrebt sein, möglichst von allen Orten ihres Gauces, in denen Berufsangehörige beschäftigt sind, ausgefüllte Personen-, Werkstatt- und Ortsfragebogen zu erhalten.

Die weitere Zusammenstellung und Bearbeitung der ausgefüllten Fragebogen erfolgt durch den Vorstand. Zu diesem Zweck

ist das gesamte Material, also alle eingehenden Personen-, Werkstatt- und Ortsfragebogen spätestens bis zum 15. Dezember an uns einzusenden.

Die Aufnahme der Statistik erfordert eine große Arbeitsleistung. Wir hoffen aber, daß sich unsere Mitglieder dieser gern und freudig unterziehen werden und den einzelnen Verwaltungen bei der mühevollen Arbeit tatkräftig mit zur Hand gehen.

2. In den gewerkschaftlichen Unterrichtskursen der Generalkommission haben wir für den in der Zeit vom 27. Februar bis 8. April 1911 stattfindenden Kursus vier Plätze belegt und beabsichtigen neben zwei Angestellten auch zwei weiteren Mitgliedern des Verbandes Gelegenheit zum Besuch des Kursus zu geben. Die Kosten des Unterrichts werden von der Generalkommission, sämtliche den Teilnehmern persönlich entstehenden Kosten, wie die Reise- und Aufenthaltskosten in Berlin werden von der Verbandskasse getragen. Verheirateten Teilnehmern wird auch Ersatz für den entgangenen Arbeitsverdienst bezw. Entschädigung für den Unterhalt der Familie für die Dauer des Unterrichts gewährt.

Für die Teilnahme an dem Unterrichtskursus würden natürlich in erster Linie solche Verbandsmitglieder in Betracht kommen, die bisher schon für den Verband tätig waren und die uns Gewähr dafür bieten, daß sie auch weiterhin für den Verband wirken und die erworbenen Kenntnisse im Interesse der Organisation verwenden werden. Zusage für eine Anstellung seitens der Organisation kann den Kursusteilnehmern aber nicht gemacht werden.

Wir ersuchen diejenigen Mitglieder des Verbandes, deren Verhältnisse es gestatten und die den Unterrichtskursus besuchen möchten, selbstgeschriebene Benerbungen, in denen Angaben über die Dauer der Mitgliedschaft, über die bisherige Tätigkeit für die Organisation und über die persönlichen Verhältnisse des Betreffenden zu machen sind, bis zum 15. November an uns gelangen zu lassen.

3. Von den Protokollen über den 11. Verbandstag sind bisher verhältnismäßig wenig bestellt worden. Wir ersuchen deshalb die Funktionäre des Verbandes für weiteren Vertrieb des Protokolles nach Kräften bemüht zu sein, da dasselbe für alle Mitglieder von bleibendem Wert sein dürfte und der Preis mit 20 Pf. pro Exemplar äußerst niedrig angesetzt ist. Weiteren Bestellungen sehen wir baldmöglichst entgegen.

4. Die Berichtskarten für das Kaiserlich Statistische Amt sind für das dritte Quartal vom Vorstand des Gau II und von den Zahlstellen Hpolda, Ebersbach-Neugersdorf, Falkenstein, Randel, Kottbus, M.-Glabbad, Remscheid, Ruhla, Saarbrücken und Sebnitz nicht oder nicht rechtzeitig eingekandt worden. Es mußten deshalb diese Zahlstellen mit 292 männlichen und 79 weiblichen, zusammen 371 Mitgliedern bei der Zusammenstellung bedauerlicherweise unberücksichtigt gelassen werden.

5. In Rudolstadt i. Th. ist eine neue Zahlstelle des Verbandes gegründet worden. Unterstüzung wird dort bis auf weiteres noch nicht ausbezahlt.

6. Eine Erhöhung des Lokalbeitrages von 5 auf 10 Pf. pro Woche ist von der Zahlstelle Hagen i. W. beschlossen und von uns genehmigt worden. Die Erhöhung ist bereits mit dem 1. Oktober in Kraft getreten.

Der Vorstand.

Uebt Solidarität!

Unsere Kollegenchaft ist im laufenden Jahre in selten umfangreichem Maße bestrebt, die Lohn- und Arbeitsbedingungen, unter denen sie zu leben gezwungen ist, zu verbessern. Das trifft nicht nur auf die Berufsangehörigen in Deutschland zu, auch in außerdeutschen Staaten ist man fleißig dabei, das Ergebnis der Arbeit in etwas gerechterer Weise zu verteilen. Daß wir noch recht weit davon entfernt sind, eine besonders gute wirtschaftliche Lage unser eigen nennen zu können, das weiß niemand besser als unsere Kollegenchaft selbst. Und darum ist das Streben nach Besserstellung, wie es allorten zum Ausdruck kommt, nur zu gut zu verstehen.

In mehreren Zahlstellen unseres Verbandes hat die Bewegung bereits mit einem annehmbareren Erfolg besendet werden können. Teils war hierzu das ultima ratio, als letztes Mittel der Streit notwendig, teils waren aber auch die Unternehmer verständlich genug, durch billiges Entgegenkommen eine friedliche Regelung mit der Arbeiterschaft herbeizuführen und das Gewerbe vor langwierigen und natürlicherweise dann um so erbitterten Arbeitseinstellungen zu schützen.

Ein eigentümliches Bild bietet dabei die Stuisbranche. Während die Unternehmer hierbei in den Orten, in denen die Arbeiterschaft zu den Fortgeschritteneren gezählt werden muß, so in Berlin und Hanau, es vorgezogen haben, in Frieden mit ihrer Arbeiterschaft zu leben und die ruhige Entwicklung des Gewerbes nicht durch Außenlassen der Arbeit beeinträchtigen zu lassen, haben es die Unternehmer anderer Orte, so Eisenberg und Rathenow, nicht verstanden, den zweifellos von außerhalb kommenden Einfluß so abzumehren, daß eine friedliche Beilegung der Differenzen möglich sein konnte. Denn daß an dem Widerstand der Eisenberger und der Rathenower Stuisfabrikanten nicht nur die Tatsache des Eisenacher Beschlusses des Unternehmerverbandes die Ursache ist, erscheint klar, wenn man sieht, mit welcher Leichtigkeit — und verständigerweise — die Unternehmer in Hanau und neuerdings die in Berlin den Eisenacher Beschluß als nicht gegeben betrachteten und mit ihren Arbeitern Frieden hielten. Wenn der trotz der heftigen Befehdung der Hanauer Unternehmer durch die übrigen Unternehmer erst neuerdings abgeschlossene Vertrag in der Berliner Stuisindustrie den Eisenberger und Rathenower Fabrikanten nicht den Weg zeigt, den sie zu gehen haben, um solche schweren Erschütterungen des Gewerbes, wie sie gegenwärtig in beiden Orten sich zeigen, zu vermeiden, dann wird ihnen kaum zu helfen sein. Es gehört nicht viel dazu, um zu erkennen, daß sich der eine Teil der Unternehmer, der Klugerweise mit der Arbeiterschaft in Frieden leben wollte, angeichts der Entwicklung der Bewegung im Stuisgewerbe ins Häuschen lacht, während der andere Teil eine schwere Zerrüttung seiner Betriebe davontragt, deren Befestigung wieder jahrelanger Arbeit bedarf. Diese Zustände, die auch von der Arbeiterschaft selbst lebhaft bedauert werden, können bei einigermaßen gutem Willen vermieden werden, wenn nämlich der Herr-im-Hause-Standpunkt der Unternehmer in weniger schroffer Weise zum Ausdruck gebracht und die Arbeiter und deren Organisationen bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse als gleichberechtigte und gleichwertige Faktoren anerkannt werden. Die Arbeiter sind jederzeit bereit, auf friedliche Weise sich mit den Unternehmern über die Arbeitsverhältnisse auseinanderzusetzen. Das ist stets so gewesen und wird immer wieder neu betont werden. Datan benötigen selbst so unfinnige Behauptungen nichts zu ändern, wie sie der neueste Aufruf des Arbeitgeberverbandes für das deutsche Buchbindergewerbe enthält, — der in der dieswöchigen Ausgabe des „Allg. Anzeigers für Buchbindereien“ enthalten ist — und der da behauptet, daß die Führer der Arbeiterbewegung nur bestehen könnten, wenn die Unzufriedenheit (der Massen) immer und immer wieder geführt wird. Diese offenen Kamellen immer und immer wieder auf ihren wahren Wert zurückzuführen, erscheint überflüssig, wenn man mit offenen Augen durch die Welt wandelt. Es ist eine schmerzliche Abneigung der Arbeiterforderungen angueifert.

Inseren größten Strauß haben wir augenblicklich in Hannover auszufechten, wo in der Mehrzahl die Arbeiter und Arbeiterinnen der Kontobuchbranche im Ausstand stehen. Auch hier ist das mangelnde Entgegenkommen der Unternehmer die Ursache zu der Lahmlegung der Betriebe. In einer Reihe weiterer Orte stehen Konflikte bevor. Unserer „Buchbinder-Zeitung“ ist ja jetzt schon seit Wochen vollständig gefüllt mit Berichten über die allenthalben stattfindenden Lohnbewegungen, von denen ein großer Teil bereits erledigt ist. Und auch die Meldungen aus dem Ausland zeigen an, daß man dort nicht untätig ist, sondern, getrieben durch die fast unerträgliche Belastung der arbeitenden Massen mit Dingen, die die Besitzenden bekanntlich mit großem Geschick von sich abzuwälzen wissen, Vorstöße zurhebung der Lage unserer Berufsgenossen unternimmt.

Aus alledem zeigt sich, daß augenblicklich reges Leben in den einzelnen Branchen des Buchbinder-gewerbes herrscht und daß das aufmerksame Verfolgen derselben dringend notwendig ist. Die in Arbeit stehende Kollegenschaft, die von der Bewegung nicht direkt berührt wird, hat dennoch alle Aufmerksamkeit auf dieselbe zu lenken und diese durch geeignete Maßnahmen zu unterstützen. Hierzu gehört in erster Linie die Betätigung der brüderlichsten Solidarität, die darin besteht, jeden Zugang nach den bestreikten oder sich in einer Bewegung befindlichen Orten fernzuhalten. Unsere Kollegenschaft hat dabei die Pflicht, nicht nur unsere Zahlstellen in Deutschland auf diese Weise zu unterstützen, sondern auch, wie es selbstverständlich ist, darauf acht zu geben, daß der Zugang nach den außerdeutschen Orten verhindert wird, wo dies gewünscht wird und notwendig ist. Auch hierüber orientiert die in jeder Nummer der Zeitung befindliche Liste der gesperrten Orte und Betriebe, die ständig ergänzt wird.

Im weiteren hat unsere Kollegenschaft streng auf etwa auftauchende Streitarbeit zu achten und zutreffendenfalls sofort dem Verbandsvorstand und den in Frage kommenden Orten auf schnellstem Wege entsprechende Mitteilung zu machen und vom Verbandsvorstand Verhaltensmaßregeln einzuholen. Daß auch auf die Agenten der Unternehmer, auf Streikbrecher selbst ein wachsameres Auge gerichtet werden muß, ist selbstverständlich. Alles das trägt zum Gelingen bei und darum darf auch nichts unterlassen werden, was beitragen kann, daß die Bewegungen zu einem befriedigenden Abschluß kommen. An den einzelnen Bewegungen ist jedesmal unsere ganze Kollegenschaft beteiligt. Auch die kleinste Bewegung wirft ihre Schatten und wie leicht kann es sein, daß diese dann selbst bedeutend größere Bewegungen ungünstig beeinflussen.

Darum ist es dringend vonnöten, daß allenthalben Solidarität geübt und das hier Gesagte gut beachtet wird. Beachtet unsere Sperren und Zugangswarnungen. In diesem Sinne: Leb! Solidarität!

Zum Streik in Hannover.

Die Situation ist unverändert, die Zahl der Ausständigen hat sich auf circa 1100 erhöht, und der Ausstand ist ein fast allgemeiner geworden. Der Geist der Ausständigen ist ein vorzüglicher und voller Siegeszuversicht. Die Quelle des Zuzuges, aus der die Unternehmer glauben aus dem Vollen schöpfen zu können, ist völlig versiegt. Jetzt versuchen sie mit allem Hochdruck, die eiligen Arbeiten zur Fertigstellung nach außerhalb zu schaffen, — namentlich sollen Leipzig und Frankfurt a. M. ins Auge gefaßt sein. Sämtliche Zahlstellenverwaltungen werden darauf aufmerksam gemacht und wir eruchen bei Austausch von Streitarbeiten aus Hannover, sofort auf schnellstem Wege sowohl an den Verbandsvorstand nach Berlin (Tel.: Amt IV, 8653) und auch an das Bureau in Hannover (Tel.: 7877) Nachricht geben zu wollen. Bis jetzt kommen hauptsächlich Kataloge und Gesangbücher mit Noten, letztere mit Schwarzrotum Druck auf dünnem Papier, in Betracht. Aus Kaiserslautern wurde uns gemeldet, daß eine hiesige Geschäftsbücherfabrik einen Buchbindermeister in Lambrrecht (Rheinpfalz) mit Maschinen versorgen will zur Herstellung von Geschäftsbüchern. Alle Arbeitsangebote für Kontobucharbeiter und Linierer, bei denen nicht die offene Adresse angegeben ist, sind strengstens zu meiden, besonders die Angebote unter Chiffre, die im Leoschen Anzeiger in reichlichem Maße stehen. Die hiesigen Fabriken führen in fast allen Papieren ihre bekannten Wasser-

zeichen und sind leicht kenntlich. Wenn uns die gesamte Kollegenschaft noch weiter so zur Seite steht, dann wird der Kampf bald für uns siegreich beendet sein.

Streikbrechermerbeagenten sind anscheinend über ganz Deutschland verbreitet. So versuchte der Buchbindermeister Schreiber in Zerbst (Anhalt) durchreisende Kollegen zu veranlassen, nach Hannover (Göler u. Krieger) Arbeit anzunehmen. Die Stellengedusche in der Fachpresse werden von den Unternehmern eifrig verfolgt und die Stellensuchenden mit Arbeitsangeboten bombardiert, wie uns zur Verfügung gestellte Briefe beweisen. Die Firma Molling u. Co. geht dabei auch ins Ausland, mit der stillen Erwartung, daß Ausländer willigere Objekte sind, da diese den berüchtigten Ausweisungspapargraphen zu fürchten haben. Die Unternehmer vergessen dabei nur, daß auch im Ausland ein Klassenbewußtes Proletariat anzutreffen ist, das nicht ohne weiteres den Lockungen des Unternehmertums folgt, sondern die um bessere Lebensbedingungen kämpfenden Berufsgenossen nach besten Kräften unterstützt. Am 12. Oktober beschickte sich eine außerordentlich starkbesuchte Mitgliederversammlung mit denjenigen, die zum Streikbrecher wurden. Die Versammlung beschloß den Ausschluß derselben.

Unsere liebe Polizei gleicht jenem Ding, von dem die Kinder gerne singen: Oben spitz und unten breit, durch und durch voll — Höflichkeit! Mit vereinten Kräften — mit Kommissar und Wachtmeister an der Spitze — suchen die Schutzleute den Streikposten handgreiflich heizubringen, daß jeder Streikposten ein Verkehshindernis sei — von Rechts wegen. Wenn aber 6—8 solcher preußischer Uniformen den Bürgersteig bis an den Rand füllen, so daß das Publikum auf die Straße treten muß, um vorbeikommen zu können, so ist das natürlich kein Verkehshindernis.

Die beschiedenen Sittierungen werden der Polizei wohl kein Glück bringen, denn unsere Streikposten sind vorzüglich instruiert und lassen sich durch Provokationen nicht in die Falle locken. Nachdem unsere Leute mehrere Male die Nummern verschiedener Schutzleute energisch forderten, scheint sich der polizeiliche Ueberreifer gelegt zu haben.

Verschiedene Wermeister beschmähen es nicht, Arbeiterinnen in ihren Wohnungen aufzusuchen, um sie zum Streikbruch zu verleiten. Es ließ sich jedoch niemand überreden.

Es ist unmöglich, alle die Feindsigkeiten aufzuzählen, die die Unternehmer aushecken, um Personal zu bekommen. Hohe Löhne, Lebensstellung, Abholung per Auto usw., kurz, alles versagt und scheitert an der Aufmerksamkeit unserer Streikposten. Für die Unternehmer bedeutet jeder weitere Tag des Ausstandes ein großer Schaden und so, wie sich jetzt die Arbeit anhäuft, ohne die geringste Aussicht, sie fertigstellen zu können, muß sich die Situation zu unseren Gunsten wenden. — Die Versammlung beschloß eine Erhöhung der Verbandsunterstützung aus lokalen Mitteln.

Korrespondenzen.

Gespart sind:

- Deutschland:**
- Dresden und nähere Umgebung** (Präger, Plakatträger usw.);
- Eisenberg** (Stuisarbeiter);
- Frankfurt a. Main** (alle Branchen);
- Hamburg-Altona** (Buchbinder und Arbeiterinnen);
- Hannover** (Buchbinder, Kontobucharbeiter, Linierer und Kartonnagenarbeiter, Portefeuller und Arbeiterinnen);
- München** (für alle Branchen);
- Münzberg-Fürth** (Kartonnagenarbeiter und Arbeiterinnen und Buchbinder);
- Rathenow** (Stuisarbeiter);
- Berlin** (die Firma Regenhart, Buchbinderei Schöneberg);
- Bromberg** (die Firma Buch);
- Dortmund:** die Firma Ruhfuß;
- Sofgeismar:** die Firma Kesseberg;
- Plauen i. B.** (Sächs. Geschäftsbücherfabrik F. W. Kaiser).
- Potsdam-Nowawes** (die Firma A. W. Hayns Erben).
- Belgien:**
- Turnhout** (Papierarbeiter).
- Oesterreich:**
- Wien** (Buchbinder und Arbeiterinnen);
- Graz** (Buchbinder und Arbeiterinnen);

- Meißenberg** (Buchbinder und Arbeiterinnen);
- Letzsch-Bodenbach** (Buchbinder und Arbeiterinnen);
- Wernsdorf** (Buchbinder und Arbeiterinnen);
- Görz:** die Firma Giovanni Logar.

Schweiz:

- Arbon:** die Firma A. B. Heine, Stiderei-geschäft;
- Korschach:** die Firma Feldmühle, Stiderei-geschäft.

Ungarn:

- Budapest** (für alle Branchen).
- Kroatien:**
- Agram** (die Firma St. Augli).

Zuzug ist fernzuhalten von:

- Braunshweig** (alle Branchen);
- Halberstadt** (Buchbinder und Kartonnagenarbeiter);
- Mannheim** (Kartonnagenarbeiter und Arbeiterinnen);
- Dsnabrück** (Buchbinder);
- Münzberg** (alle Branchen);
- Solingen-Wald-Dhlig** (alle Branchen).

Der Stand der Bewegungen in **Eisenberg** und **Rathenow** ist noch unverändert.

Hamburg-Altona. Die Lohnbewegung scheint ohne Streik nicht vorübergehen zu sollen, da in einzelnen Betrieben bereits von seiten des Personals die Kündigung eingereicht wurde. Es ist daher Hamburg-Altona nach wie vor zu meiden, da eine Anzahl Werkstätten gesperrt sind.

Desgleichen ist der Zuzug von Kartonnagenarbeitern fernzuhalten.

Vor Arbeitsannahme in **Neuwied a. Rh.** ist beim örtlichen Bevollmächtigten erst Erkundigung einzuziehen, da es nicht ausgeschlossen ist, daß es infolge der Lohnbewegung zu ernststen Differenzen kommt.

Eisenberg. In einer am Donnerstag, den 13. Oktober, stattgefundenen außerordentlich gut besuchten Versammlung der Streikenden referierte Zintke-Leipzig über den Stand der Bewegung. In diesem hat sich nicht viel geändert, doch ist es einer Anzahl von Kollegen gelungen, auswärts Arbeit zu erhalten, trotzdem sich der Fabrikantenverband alle Mühe gab, dies zu vereiteln. Von besonderem Interesse ist aber, daß der Wurfabrikant Panzer den Versuch gemacht hat, zwischen den Parteien zu vermitteln. Derselbe ist jedoch selbstaufgegeben, weil der Fabrikantenverband in seinem Antwortschreiben auch nicht die geringste Reue bekundet hat, den Arbeitern und Arbeiterinnen irgend welches Entgegenkommen zu zeigen. Es muß mit aller Entschiedenheit dagegen protestiert werden, wenn seitens der Fabrikanten in deren Schreiben angedeutet wird, daß dieser Vermittlungsversuch seitens der Arbeiter in die Wege geleitet worden sei. Die Streikleitung hat nichts dergleichen zu tun für notwendig gehalten und hat lediglich der Einladung des Herrn Panzer Folge geleistet, der zu einer Unterredung eingeladen habe. Im allgemeinen wird in dem Briefe — der übrigens in der Versammlung im Wortlaut zur Verlesung kam — nichts Neues gesagt. Hervorgehoben wollen wir aber noch, daß nach Ansicht der Fabrikanten der Kampf nur von einigen Scharfmachern aufrecht erhalten werde, da die Arbeiter zurückgeben seien. Auf diese Ansicht einzugehen ist unnötig, weil alle am Kampf beteiligten Kollegen und Kolleginnen ja aus der Entwicklungsgeschichte des Streikes wissen, daß sich der Fabrikantenverband in einem großen Irrtum befindet. Einzelne Personen sind nicht in der Lage, einen so hartnäckigen Kampf aufrecht zu erhalten, wenn nicht die Masse der beteiligten Arbeiter von der Notwendigkeit desselben überzeugt wäre. Man braucht ja nur das Unternehmertum zur Hand zu nehmen, wenn man sich darüber klar werden wollte, auf welcher Seite die Scharfmacher zu suchen sind. Und wenn seitens der Herren weiter gesagt wird, daß sie die gemachten Zugeständnisse — die vor Beginn des Streikes bewilligt, von den Arbeitern aber als ungenügend zurückgewiesen wurden — nur noch bis zum 17. Oktober aufrecht halten können, so kommt in dem Maße der ganze Hochmut der Unternehmer zum Ausdruck. Denn soviel ist doch sicher, daß in der Eisenberger

Stuisindustrie nicht eher Ruhe und Frieden eintreten wird, bis die Fabrikanten ein Entgegenkommen gezeigt haben, mit dem auch die Arbeiterschaft zufrieden sein kann. Der stürmische Beifall, der diesen kurzen Ausführungen folgte, zeigte mehr denn alle Worte, daß der Verblüffungsversuch der Unternehmer vorbeigegangen und daß die streikenden Kollegen und Kolleginnen den festen Willen haben, den einmal für notwendig erachteten Kampf mit Energie weiter zu führen.

Im Laufe des Streikes haben sich bisher nur drei Personen zu der Rolle des Arbeitswilligen hergegeben, dazu kommen allerdings noch etwa 10 von auswärts durch Vermittlung des Stuttgarter Streikbrecherorgans herangekommene Buchbindermeisterstöhne, die uns indes keinen Kummer bereiten. In den letzten Tagen ist auch der bisherige Kollege Karl Görlich zum Streikbrecher geworden, der schon zu Beginn des Kampfes zu den Unzuverlässigen gerechnet wurde. Wir werden mit diesem Herrn nach Beendigung der Bewegung noch ein besonderes Wortchen reden müssen und ihn zwingen, die bezogene Unterstützung wieder zurückzugeben, wenn wir nicht gar dazu kommen, ihn wegen Betrug zur Anzeige zu bringen.

München. Am 15. Oktober fand eine gut besuchte Versammlung statt, die sich mit dem Stand unserer Lohnbewegung befaßte. Krassch erstattete Bericht über die mit den Vertretern der Großbuchbindereien und Buchdruckerien gepflogenen Verhandlungen. Das Ergebnis der wiederholten Verhandlungen des Aktionsausschusses mit den vorgenannten Vertretern sei als Ultimatum zu betrachten und kurz folgendes: Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 53 1/2 Stunden. Findet bei Erneuerung des am 31. Dezember 1911 ablaufenden Buchdruckerarbeits einer Verkürzung der Arbeitszeit statt, so beträgt dieselbe sodann in allen Betrieben einschließlich der Buchbindereien ohne Druderei 53 Stunden. Der wöchentliche Mindestlohn beträgt für Buchbinder 26,50 Mk., wobei Voraussetzung der Bezahlung sämtlicher Feiertage ist; 27,50 Mk. bei Nachtbezahlung der Feiertage. Pfeffer an der Phoenix- und Viktoriapresse, ferner alle Arbeiter an Fertigmachmaschinen, Deckenmachmaschinen und an Schnellreißschneidern erhalten einen Mindestwochenlohn von 31,50 Mk., bezw. 32,50 Mk. Der zweite Mann an der Fertigmachmaschine erhält einen Mindestlohn von 26,50 Mk., bezw. 27,50 Mk. Ausgelernte, bis längstens nach Ablauf des 5. Jahres nach Beginn der Lehrzeit, erhalten 21 Mk. bis Ablauf des 6. Jahres nach Beginn der Lehrzeit 22 Mk., dann tritt der Mindestlohn von 26,50 Mk. in Kraft. Bei Nachtbezahlung der Feiertage stehen in allen Positionen sämtliche Löhne 1 Mk. höher. Arbeiterinnen unter 18 Jahren erhalten 7 Mk., über 16 Jahre im ersten Halbjahr 8,50 Mk., nach 1 Jahr 11 Mk. Für geübte Arbeiterinnen, Falzerinnen, Prägerinnen, Goldaufträgerinnen, Arbeiterinnen an den Falz-, Linierfalz-, Ache-, Register-, Schneide- und Baginiermaschinen, an Draht- und Fadenheftmaschinen, Anstichermaschinen, an Pressen und Verforiermaschinen, sowie an Phoenix- und Schnellprägepressen 15 bzw. 16 Mk. Vom 1. Januar 1912 beträgt für die letzte Position der Mindestlohn 15,50 bzw. 16,50 Mk. Bei Berechnung von Akkordarbeiten dient als Grundlage der Minimaltarif, vereinbart zwischen dem Verband Deutscher Buchbinderbesitzer und dem Deutschen Buchbinderverband vom Jahre 1907. Hierzu wurde beschlossen, daß bei sämtlichen Positionen für Handlöhne im Akkord, wofür nach genanntem Tarif 60 Pf. bezahlt werden, der Berechnung 70 Pf. zugrunde gelegt werden soll, nach welchem Satz alle übrigen Satzpreise in einer besonderen Sitzung geregelt werden. Die Mehrbezahlung für Ueberstunden beträgt für Arbeiter: für die erste Stunde 15 Pf., für die zweite Stunde 20 Pf., bei Nachtarbeit 50 Pf.; für Arbeiterinnen für die erste Stunde 8 Pf., für die zweite Stunde 10 Pf. Für Sonn- und Feiertagsarbeit, sowie für alle Ueberzeitarbeit an Samstagen und an nichtgeschlichen Feiertagen, sowie an den Vorabenden von geschlichen Feiertagen beträgt die Mehrbezahlung für Arbeiter 25 Pf., für Arbeiterinnen 20 Pf. pro Stunde. Bei Präger-, Ruder- und Abtaubarbeiten wird dem damit beschäftigten Personal, falls keine staubfreien Maschinen zur Verfügung stehen, ein Zuschlag von 5 Pf. pro Stunde bezahlt. Als nichtgeschliche Feiertage, an denen in der Zeit von 7 Uhr morgens bis 12 Uhr mittags 4 Stunden gearbeitet werden darf, wofür jedoch der ganze Tag zu vergüten ist, kommen in Betracht: Maria Lichtmess, Josef, Maria Verkündigung, Johanni, Peter und Paul, Maria Geburt und Maria Empfängnis. Bei Teilnahme an Kontrollversammlungen, Aushebungen und Musterungen, bei Anzeigen am Standesamt, in Vormundschaftsangelegenheiten und dergleichen, sowie bei der Erfüllung staatlicher und kommunaler Pflichten wird eine Entschädigung bis zu 3 Stunden bezahlt. Die Kündigung ist eine acht tägige, soweit nicht andere

Abmachungen getroffen werden. Sämtliches Personal, das durch Einführung vorgenannter Mindestlöhne keine Verbesserung ihrer Lohnverhältnisse erzielt, erhält eine Zulage von 5 Proz. Desgleichen erhalten diejenigen, deren Zulage bei Einführung dieser Löhne weniger als 5 Proz. betragen sollte, eine solche von 5 Proz. Die Arbeitgeber verpflichten sich, nur Personal einzustellen, das in tarifreuen Firmen gearbeitet hat, desgleichen verpflichten sich die Organisationen, nur an solche Firmen zu vermitteln, die ihr Personal tariflich entlohnen. Ein noch zu ernennendes Schiedsgericht aus je 2 Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer habe über vorkommende Streitigkeiten zu entscheiden. Das Tarifverhältnis soll bestehen bleiben bis zum 31. Dezember 1913 und es verlängert sich jeweils um 1 Jahr, wenn es nicht 6 Monate vorher gekündigt wird.

Was manchen früher für unmöglich gegolten, ist zur Tatsache geworden, nämlich ein gemeinsames Verhandeln mit den Buchdruckerien und Buchbindereien. Sind auch die Zugeständnisse nicht voll und ganz zu unserer Zufriedenheit ausgefallen, so darf doch nicht außer acht gelassen werden, daß dieselben das Meißerje sind, was auf friedlichem Wege zu erreichen war. Ob selbst bei einem Kampf mehr erreicht worden wäre, muß sehr bezweifelt werden. Das Personal der Firma Oldenbourg werde ebenfalls unter den Tarif fallen, da kein Zweifel besteht, daß der Schiedspruch über den Vertrag, den die Firma mit dem Personal abgeschlossen, nicht zugunsten der Firma ausfallen wird und ja auch ihr Vertreter sehr eifrig an allen Sitzungen und Beratungen teilgenommen hat.

Der Aktionsausschuß empfahl einstimmig die Vorlage zur Annahme. Nach längerer Diskussion wurde dieselbe auch mit allen gegen 8 Stimmen angenommen.

Hierauf berichtete Krassch über die Verhandlungen mit der Innung. Das vor dem Gewerbegericht festgelegte Protokoll enthält vorbestimmlich der Zustimmung beider Parteien folgende Punkte: 9stündige Arbeitszeit, Bezahlung der drei höchsten Feiertage, sowie eine Zulage von 5 Proz. für sämtliches Personal. Der Stundenlohn beträgt für Vollarbeiter 45 Pf. Für weibliche Arbeiterinnen gelten die üblichen Sätze. Auch diese Vorlage wurde vorbehaltlich der Zustimmung der Innungsmeister, gegen circa 30 Stimmen angenommen. Diese Sätze sind jedoch das Mindeste und dürfe unter diese unter keinen Umständen heruntergegangen werden.

In seinem Schlusswort fordert Krassch die Anwesenden auf, nun nicht, nachdem die Hauptgruppe auf friedlichem Wege zu Tarifvereinbarungen gekommen sei, in der Mitarbeit zu erlahmen. Mehr und geschlossener denn je, heiße es nun zusammenzutreten, um unsere Bewegung zu Ende zu führen. Nicht nur, daß letztere Abmachungen noch der Zustimmung der Innung bedürfen, auch die bevorstehenden Verhandlungen in der Kartonnagenindustrie lassen kein besonderes Entgegenkommen vermuten. Deshalb sei es auch nicht ausgeschlossen, daß es bei diesen beiden Gruppen noch zu einem ernsthaften Kampf komme. Zum Schluß fordert Faust auf, fest und treu zur Organisation zu halten und auf alle Eventualitäten gefaßt zu sein. Schließlich gelangt noch folgende Resolution zur Annahme:

„Die heute in den Zentralräten tagende öffentliche Versammlung der Buchbinder und Buchbinderarbeiterinnen nimmt von den Ausführungen des Aktionsausschusses über das Ergebnis der Tarifverhandlungen Kenntnis. Wenn dieselben auch nicht zur vollen Zufriedenheit ausgefallen sind, so erblickt die Versammlung immerhin einen großen Fortschritt in der Tariffrage des Buchgewerbes in München darin und erklärt sich mit denselben einverstanden. Die Versammlung sprechen dem Aktionsausschuß und der Lohnkommission für ihre Bemühungen den Dank aus und erwarten, daß sie die Verhandlungen zur Zufriedenheit aller zu Ende führen.“

Flauen. Ueber den Stand der Lohnbewegung in der Sächsischen Geschäftsbücherei-Fabrik von F. W. Kaiser referierte am 11. Oktober Pfüke in einer starkbesuchten Betriebsversammlung. Pfüke berichtete, daß am 11. Oktober zwischen der Firma und ihrem Vertreter Herrn Knoll-Dresden einerseits und unserer Lohnkommission andererseits Verhandlungen stattgefunden haben. Solange auch die Verhandlungen gedauert haben, das Resultat derselben ist sehr gering. In der Arbeitszeitfrage wurde eine Einigung insofern erzielt, als die Arbeitszeit in Zukunft 9 1/2 Stunden täglich effektive Rufen betragen soll. In der Lohnfrage wurde man sich nur darüber einig, daß Gehilfen nach der Lehre bis zum 19. Lebensjahr 32 Pf. pro Stunde erhalten sollen. Diese Vereinbarung soll bis Oktober 1912 gelten, für die anderen zwei Jahre Tarifdauer soll dann eine weitere Zulage von 2 Pf. eintreten. Eine weitere Einigung in bezug auf die Löhne wurde in den Verhandlungen nicht erzielt. Die Firma glaubt vielmehr, auf dem Gipfel ihrer

Leistungsfähigkeit angelangt zu sein, wenn sie uns folgende Löhne als höchstes Zugeständnis bietet: Für Gehilfen vom 19. bis zum 22. Jahre 35 Pf. und für Gehilfen vom 22. bis zum 25. Jahre 37 Pf. pro Stunde. Die Gehilfen über 25 Jahre möchte die Firma in ein tarifliches Verhältnis nicht eingezogen wissen, sondern dieselben ganz nach Belieben entlohnen. Ganz abgesehen davon, daß wir einem derartigen Zustand unter keinen Umständen unsere Zustimmung geben werden, sind auch die vorgeschlagenen Löhne derart minimal, daß eine Einigung auf dieser Grundlage nicht erfolgen kann. Auf die Bezahlung der geschlichen Feiertage einzugehen, weigert sich die Firma ganz entschieden; sie trägt sich vielmehr mit dem Gedanken, Akkordlöhne einzuführen. Diesen denkbar niedrigen Zugeständnissen der Firma gegenüber haben unsere Unterhändler derselben folgende Lohnvorlage unterbreitet: Für Gehilfen vom 19. bis zum 22. Jahre 40 Pf., vom 22. bis zum 25. Jahre 45 Pf. und für Gehilfen über 25 Jahre 48 Pf. pro Stunde. Ueber die Gewährung von Ferien einigte man sich dahin, daß die Firma ihren Arbeitern nach fünfjähriger Tätigkeit im Geschäft 3 Tage Ferien unter Fortbezahlung des Lohnes zusichert.

In der nach den Ausführungen Pfükes eingehenden Aussprache wurde von allen Rednern die Zugeständnisse der Firma in bezug auf Lohn als unannehmbar bezeichnet. Die Lohnkommission nebst Kollegen Pfüke wurden beauftragt, in der für den 13. Oktober geplanten weiteren gemeinsamen Sitzung mit der Firma auf der Grundlage unseres Vorschlages weiter zu verhandeln. Die Meinung der Versammelten fand in folgender, einstimmig angenommenen Resolution berechneten Ausdruck:

„Die heute am 11. Oktober stattfindende Werkstättenversammlung von F. W. Kaiser steht auf dem Standpunkte, daß Wochenlöhne für die Arbeiter die beste Entlohnungsform darstellen und wünschen diese gerne zur Einführung gebracht. Sollte die Firma jedoch nicht auf Wochenlöhne eingehen, so müßten die Minimallöhne höhere sein. Die angebotenen sind so minimal, daß diese nicht zufriedenstellend wirken können. Mit der Einführung der Akkordarbeit können sich die Versammelten nicht einverstanden erklären und lehnen diese ab.“

Am 12. Oktober wurde uns sodann von der Geschäftsleitung eröffnet, daß die Firma noch nicht in der Lage sei, weiter zu verhandeln, da sie nicht genügend Zeit hätte, sich eingehend in die strittige Lohnfrage zu vertiefen. In einer am 13. Oktober stattgefundenen Betriebsversammlung nahm man zu dieser Mitteilung Stellung und wurde beschlossen, um einer Verschleppung unserer Tarifbewegung vorzubeugen, am 14. Oktober einmütig die Kündigung einzureichen. Dies ist auch geschehen; in Betracht kommen 54 Kollegen (Buchbinder und Linierer). Die uns von der Firma für die nächste Zeit zugesicherten Verhandlungen werden zeigen, ob eine friedliche Verständigung noch möglich ist oder ob es zum Kampfe kommt. Wir sehen dem Ausgang mit Ruhe entgegen. So sehr wir auch ehrlich bestrebt sind, unsere Differenzen friedlich beizulegen, so brauchen wir andererseits auch den Kampf, falls er uns aufgedrungen werden sollte, nicht zu fürchten!

Dresden. Zur Tarifbewegung in der Plakatbranche. Nachdem bei der Firma Feuerstein sowie bei der Firma Falk u. Co. die Arbeiter ihre Kündigungen eingereicht hatten, übergeben die Unternehmer die ganze Tarifangelegenheit dem Verband Sächsischer Industrieller zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen zur Erledigung, mit dem über die wichtigsten Punkte eine Einigung erzielt wurde, welche dann durch die am 14. Oktober stattgefundenen Sitzung der Tarifkommission mit den Unternehmern ihren Abschluß fand. Durch beiderseitiges Entgegenkommen wurde erreicht, daß allen Beteiligten eine Lohnzulage zuteil wird, und zwar sollen Präger an Hand- und Kraftpressen 3 Pf. pro Stunde mehr erhalten und vom 1. April (1911?) weitere 2 Pf. Anlegerinnen und Prägerinnen fangen nicht mehr mit 20 Pf. pro Stunde an, sondern mit 23 Pf., steigend bis zu 29 Pf. pro Stunde. Hilfsarbeiterinnen sollen unter 18 Pf. pro Stunde nicht eingestellt werden. Die Unternehmer waren nicht dafür zu haben, die Hilfsarbeiterinnenlöhne tariflich festzulegen. Auch bezüglich der Arbeitszeit konnte man sich zum Neunstundentag jetzt noch nicht entschließen; dafür soll die Arbeitszeit bei der Firma Falk u. Co. von 9 1/2 Stunden auf 9 1/4 Stunden herabgesetzt werden und beide Firmen erklärten, tariflich festlegen zu wollen, daß in 3 Jahren der Neunstundentag eingeführt wird. Tarifstreitigkeiten sollen mit dem Arbeiterschuß geregelt werden.

Eine Versammlung aller in den beteiligten Plakatprägerbetrieben Beschäftigten nahm den Bericht der Tarifkommission entgegen, und es erregte die Zustimmung unter den Versammelten, daß die 9stündige

Arbeitszeit noch nicht erreicht wurde. Doch erklärten sie sich mit dem Erzeugnissen einverstanden. Es muß als ein Erfolg betrachtet werden, daß ohne Kampf solche Lohnhöhungen erreicht wurden. Der alte Akkordtarif wurde — mit verschiedenen Verbesserungen und Abänderungen versehen — beibehalten.

Sodann wurde von der Firma W. Rudolph berichtet, daß Herr Rudolph erklärt hat, seine zehnstündige Arbeitszeit auf 9½ Stunden herabzusetzen und sich im übrigen dem Tarifabschluß anzuschließen. Auch die Firma Kammler, welche schon die neunstündige Arbeitszeit eingeführt hat, ist hierzu ebenfalls bereit. Von der Firma Felix Feige wurde berichtet, daß Herr Feige mit dem Verband nichts zu tun haben will. Dieser Herr hat es nicht für notwendig gehalten, auf ein zweimaliges Schreiben der Tarifkommission zu antworten. Da Herr Feige selbst früher einmal, wenn auch nur kurze Zeit, in Leipzig Mitglied unseres Verbandes war, so wird er wohl wissen, welche Bestrebungen und Ziele unser Verband verfolgt. Es ist daher zu wünschen, daß Herr Feige zu besserer Einsicht gelangt und sich unserer Organisation gegenüber nicht ablehnend verhält.

Frankfurt a. M. In den dichtbesetzten Räumen von „Hennigers Konzeptsalen“ erwarteten am 17. Oktober unsere Kollegen und Kolleginnen die Antworten der Prinzipale auf die eingereichten Forderungen. Kollege Getrost gab bekannt, daß drei Vereinigungen geantwortet haben, und zwar der Buchdruckerverein Bezirk Frankfurt a. M., die Freie Vereinigung selbständiger Buchbinder und die Vereinigten Kartonnagenfabrikanten Frankfurt a. M. In diesen Schreiben wird die Bereitwilligkeit zum Verhandeln ausgesprochen. Glatz bewilligt haben vier Firmen. Außerdem sind noch 13 Schreiben eingegangen, in welchen erwähnt wird, daß die geforderten Löhne bereits bestehen. Der Berichterstatter bespricht besonders das Schreiben der „Freien Vereinigung selbständiger Buchbinder“, welche wohl verhandeln wollen und auch Vorschläge machen, was sie „bewilligen“ wollen. Die Bewilligung ist jedoch, bei Licht besehen, gar keine. Während der Besprechung dieses Schreibens traf ein zweiter Brief von der genannten Vereinigung ein, worin sie erklärt, daß mündliche Verhandlungen keinen Zweck hätten, da sie über ihre „Bewilligung“ nicht hinausgehen könne. Die beiden Schreiben lösten allgemeine Heiterkeit aus. Getrost führte aus, daß es trotz dem rückständigen Verhalten der Buchbindermeister möglich sein wird, die Forderungen von 27 Mk. durchzusetzen, wie es auch schon 1904 möglich war, unsere Forderungen fast überall zum Durchbruch zu bringen, wenn es damals auch nicht auf tariflicher Grundlage gelang. Mit einem Appell an die Anwesenden, treu und fest zur Sache zu halten, schloß Getrost seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen. Hierauf ging der Verbandsvorsitzende Kloth auf die hiesigen Verhältnisse ein. Er zeigte an einigen Beispielen, daß es auch hier sehr gut möglich sei, tarifliche Abmachungen zu treffen. Wenn dies durch Verhandlungen nicht zu erreichen sei, dann ist die Frage aufzuwerfen, was der nächste Schritt sei. Eine solche gutbesuchte Versammlung hätte Frankfurt noch nie gesehen, und es müßten auch hier unsere Forderungen durchbringen. Der große Beifall zeigte, wie ernst es den Anwesenden mit ihrem Vorgehen ist. Die Diskussionsreihen traten für entscheidendes Vorgehen ein. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die am 17. Oktober tagende, äußerst zahlreich besuchte Versammlung der Buchbinder und verwandten Berufe nimmt Kenntnis von den eingegangenen Antworten der Arbeitgeber und deren Vereinigungen. Die Versammlung bedauert das geringe Entgegenkommen der „Freien Vereinigung selbständiger Buchbinder“ und vermag deren Angebot nicht anzunehmen, da es die ungeheure Verteuerung aller Lebensbedarfsartikel unberücksichtigt läßt.

Die Versammlung stimmt den von der Frankfurter Vereinigung der Kartonnagenfabrikanten gewünschten Verhandlungen zu und erwartet von denselben die dringend notwendige Berücksichtigung unserer gerechten Forderungen. Ebenso erwartet die Versammlung von den Buchdruckerbesitzern die Zustimmung zu unseren nur die bescheidensten Lebensbedürfnisse befriedigenden Forderungen. Um eine Verschleppung der Tarifbewegung zu verhindern, beauftragt die Versammlung die Tarifkommission, unverzüglich nach der etwaigen Ergebnislosigkeit von Verhandlungen eine weitere Versammlung einzuberufen, die darüber zu beschließen hat, ob die Kündigung eingereicht werden soll.

Hamburg-Altona. Die öffentliche Versammlung vom 13. Oktober beschäftigte sich mit der Einführung des mit dem Bezirksverein der Buchdruckerbesitzer abgeschlossenen Tarifes. Küster referierte. In der Versammlung der Buchdruckerbesitzer war ebenfalls eine starke Opposition vorhanden, so daß es zeitweilig schien, als würde der Tarif abgelehnt. Mit einigen Abänderungen redaktioneller Natur

fand derselbe aber auch dort Annahme. Die Buchbinderinnung will am 20. Oktober und die Unternehmer der Steinbruderbranche wollen erst am 26. Oktober Stellung dazu nehmen. So lange können wir aber unter keinen Umständen warten, sondern werden bei den einzelnen Unternehmern vorstellig werden. Binar sprach für Arbeitsniederlegung resp. für Kündigung am 15. Oktober. Berndt bezeichnete den Tarif als äußerst schlecht, da wir aber vor einer vollendeten Tatsache stehen, müssen wir den Kampf auf der ganzen Linie zwecks allgemeiner Einführung aufnehmen. Haupt und Pennig unterstützten diese Ausführungen und betonten, daß nur schnelles Handeln zum Ziele führen könne. Küster warnte vor übereilten Schritten.

Sodann referierte Wilhelm über die Lage in der Kartonnagenbranche und unsere endgültige Stellungnahme zu dem Verhalten der Kartonnagenfabrikanten. In der Kartonnagenbranche kommen noch immer äußerst niedrige Löhne vor, selbst hier in Hamburg sind noch Löhne von 4 und 5 Mk. für Arbeiterinnen an der Tagesordnung. Daher ist es auch endlich Zeit, daß in der Kartonnagenbranche gezielte Verhältnisse Platz greifen. Die Angebote der Unternehmer sind so minimal und das Resultat der Verhandlungen gleich Null, so daß es das Beste wäre, dieselben abzugeben und zu versuchen, den mit den Buchdruckern abgeschlossenen Tarif in den einzelnen Betrieben zur Einführung zu bringen. Kuhlber gab noch einiges aus den Verhandlungen und den Tarifentwürfen der Unternehmer bekannt. Auch er war der Meinung, die Verhandlungen abzubrechen, da aus denselben höchstwahrscheinlich doch nichts Ersprießliches herauskommen wird. Glatz forderte die anwesenden Kartonnagenarbeiterinnen auf, sich endlich des Wertes ihrer Arbeitskraft bewußt zu werden, damit auch in dieser Branche bessere Verhältnisse eintreten.

Potsdam-Nowawes. Unsere Lohnbewegung ist nunmehr als beendet zu betrachten. Können die die Erfolge auch nicht voll befriedigen, so muß doch anerkannt werden, daß dieselben für viele unserer Mitglieder, speziell der weiblichen, Verbesserungen bedeuten, welche ihnen ohne weiteres nicht in den Schoß gefallen wären. Auch hier war es wieder die Organisation, welche den Arbeitgebern Zugeständnisse abrang. Freilich muß ausgesprochen werden, daß das Entgegenkommen der Arbeitgeber im Hinblick auf die fortwährende Steigerung aller notwendigen Bedarfsartikel nicht allzu groß genannt werden kann. Dieses führte ja auch zu einem Zustand des gesamten Personals der Firma Hahn's Erben, Inh. Kurt Gerber (s. Bericht in voriger Nummer der „Buchbinder-Zeitung“). Leider ist der Zustand nicht zu unseren Gunsten entschieden, denn Herrn Gerber ist es gelungen, dank des unsolidarischen Verhaltens eines dort beschäftigten Obermaschinenmeisters Wilhelm Biermann und eines Hilfsarbeiters Oskar Sommerfeld die dringenden Arbeiten (Zeitungen) fertig zu stellen. Während Herr Biermann sich an der Schneidemaschine von früh bis spät nutzbar machte, hatte sich Herr Sommerfeld die Palzmaschine als Feld seiner Tätigkeit gewählt. Den Handlungen dieser beiden Ehrenmänner wird noch die Krone dadurch aufgesetzt, daß beide organisiert, nämlich dem Buchdruckerbezog. Druckerz.-Hilfsarbeiterverband angehören. Hoffentlich werden die genannten Organisationen den beiden Herren klarmachen, welche Konsequenzen sie aus ihrer Handlungsweise zu ziehen haben. Herr Sommerfeld soll sogar als Schriftführer der Filiale Potsdam des genannten Verbandes fungieren. Daß unter solchen Umständen einige unserer Kolleginnen in den Betrieb zurückkehrten, wollen wir keineswegs beschönigen, jedoch war es jedem Eingeweihten klar, daß nach Fertigstellen der fälligen Zeitungen ein ferneres Verhalten im Auslande nur geringen Erfolg in Aussicht stellte. Zit nun ein positiver Erfolg bei der Firma Hahn's Erben nicht zu verzeichnen, so sollen, wie verlautet, jetzt doch noch höhere Akkordpositionen gezahlt werden. Wir haben demnach keinen Grund, Triebfals zu blasen. Es steht jedoch fest, würde in dem Betrieb die Liebedienerei und Speichelleckerei nicht so in den Vordergrund treten, würden die aufsichtführenden Personen der Geschäftsleitung gegenüber mehr Mannhaftigkeit beweisen, dann würden auch die Wünsche des Personals bei der Geschäftsleitung mehr Gehör finden.

Konstanz. Da seit dem letzten Tarifabschluß 5 Jahre vergangen sind, entschlossen sich die hiesigen Kollegen und Kolleginnen, mit einem neuen Vorschlag betr. Entlohnung an die Unternehmer heranzutreten. Wir forderten 58 stündige Arbeitszeit (bisher 55), einen Minimallohn von 38 Pf. im 1. Gehilfsjahre, 42 Pf. im 2. und 48 Pf. im 3., für die Mädchen in 1. halben Jahre 18 Pf. im 2. halben Jahre 16 Pf. usw. steigend bis 26 Pf. im 3. Jahre, und für die Hilfsarbeiter 20—23 Mk. pro Woche. Am 1. Oktober erhielten wir die Antwort, in welcher

auch nicht die geringsten Zugeständnisse gemacht wurden, im Gegenteil noch Verschlechterungen. Die am 6. Oktober abgehaltene öffentliche Versammlung wies mit Entrüstung die erhaltene Antwort ab und nahm einstimmig eine entsprechende Resolution an. Unverzüglich traten unsere Bevollmächtigten und Kollege Schröder-Stuttgart erneut an unsere Unternehmer heran. Am 8. Oktober wurden dann die 54 stündige Arbeitszeit und 42 Pf. Minimallohn für alle Gehilfen zugestanden. Die Arbeiterinnen sollten zu den alten Bedingungen arbeiten, während die Hilfsarbeiter nach Uebereinkunft entlohnt werden sollten. Die Abmachungen sollten 5 Jahre Gültigkeit haben. In der am gleichen Tage abgehaltenen Versammlung, die über Erwartung zahlreich besucht war, teilte Schröder das eingegangene Schreiben mit und in der Diskussion verurteilten alle Redner mit scharfen Worten das Verhalten der Unternehmer. In geheimer Abstimmung wurde nachfolgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heutige starkbesuchte Versammlung nimmt mit Bedauern von dem neuen Angebot der Prinzipale Kenntnis. Um darzutun, daß wir alles getan haben, was den Frieden im Gewerbe aufrechterhält, fordert dieselbe den Kollegen Schröder mit noch 4 dazu gewählten Kollegen auf, das Gewerbeamt als Einigungsamt anzurufen und auf Grundlage unserer ersten Eingabe zu verhandeln. Sollten die Verhandlungen zu keinem annehmbaren Abschluß kommen, dann ist sofort eine weitere Versammlung einzuberufen, welche über den Streit entscheidet. Die Versammelten verpflichten sich, im gegebenen Moment voll und ganz dafür einzutreten.

Die Verhandlungen fanden nunmehr am 12. Oktober statt und sie haben, wie wir bereits in letzter Nummer melden konnten, zu einem Abschluß geführt. Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters wurde vereinbart, daß die Arbeitszeit 54 Stunden pro Woche dauert. Der Minimallohn für gelehrte Arbeiter beträgt im ersten Gehilfsjahre 37 Pf., im zweiten und dritten Jahre 40 Pf., vom vierten Jahre ab 44 Pf. pro Stunde. Alle diejenigen, welche den letzten Satz jetzt schon haben, erhalten pro Stunde 2 Pf. mehr. Die Entlohnung für Arbeiterinnen beträgt für erst aus der Schule entlassene 13 Pf., für über 16 Jahre alte 16 Pf. und für geübte Arbeiterinnen 26 Pf. pro Stunde. Hilfsarbeiter erhalten eine Zulage von mindestens 1 Pf. pro Stunde. Für Ueberstunden an Wochentagen wird 25 Proz., für Sonntagsarbeit 40 Proz. Zuschlag gezahlt.

Öffnitz. Es ist uns jetzt gelungen, den Organisationsgedanken auch nach Schmölln zu tragen. Es kommen da circa 150 Arbeiterinnen in Frage, wovon 135 allein in einer Stoffwäschefabrik arbeiten, die übrigen verteilen sich auf etliche Kartonnagenbetriebe. In zwei Versammlungen, die abgehalten wurden, war leider der Besuch nicht so, wie man es angeht, der Lage der betreffenden Arbeiterinnen hätte erwarten dürfen. Doch mit dem Erfolg kann man einigermaßen zufrieden sein, denn wir haben das erstmal 17 Aufnahmen gemacht. In der zweiten Versammlung referierte Gaultier Frühe über: „Die Lage der Arbeiterinnen“. Im Gegensatz zu dem in jüngster Zeit gefallenen Anspruch, daß die Frau ins Haus gehöre und sich nicht der Politik zu widmen habe, legte er dar, daß es doch nur der Kapitalismus sei, der die Frau in die Fabrik treibe. Pflicht der arbeitenden Frauen und Mädchen ist es, Schulter an Schulter mit ihren männlichen Kollegen für eine angemessene Bezahlung ihrer Arbeitskraft und für menschenwürdige Behandlung zu kämpfen. Es ist falsch, wenn die jungen Mädchen glauben, sie hätten die Organisation nicht nötig, da die Arbeit in der Fabrik mit der Verheiratung zu Ende sei. Tausende verheiratete Frauen müssen in die Fabrik, weil eben der Verdienst des Mannes nicht mehr ausreicht. Das Referat hinterließ bei den Arbeiterinnen einen guten Eindruck und wieder konnten 14 neue Aufnahmen bezeichnet werden. Wir möchten nun noch den Kolleginnen — auch denen der Kartonnagenbetriebe — ans Herz legen, sich nicht durch die Schikanen der Werksführer und Direktionen beirren zu lassen. Werbt neue Mitglieder und agitiert für den Verband.

Doch auch die Gönner Kollegen verdienen ein Mahnwort, damit sie sich fernerhin mehr am Verbandsleben beteiligen wie bisher, damit auch wir endlich mal ans Werk gehen können, für unseren Ort die Lohn- und Arbeitsverhältnisse günstiger zu gestalten, da doch bei uns Differenzen das ganze Jahr hindurch bestehen. Es betrifft dies speziell die Kollegen der Firmen Anhöf u. Co. und Platz.

Mühlstadt. Als Hauptpunkt unserer am 15. d. M. fälligen Mitgliederversammlung war die Gründung einer Zasthelle vorgesehen. Zu diesem Zwecke war Kollege Thiele-Erfurt erschienen. Nachdem dieser ein kurzes Referat über die Gründung der Zasthelle gehalten hatte, wurde zur Wahl des Gesamtvorstandes geschritten. Nachdem Thiele nochmals die Anwesenden aufgefordert hatte, stets treu

zum Verbands zu halten, wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Deutschen Buchbinderverband geschlossen.

Berlin. (Linierer.) Die Gepflogenheit, besondere Zusammenkünfte aller in der Linierbranche beschäftigten Personen abzuhalten, entspringt einem aus der Branche geäußerten Wunsche, um dadurch neben der Pflege der Kollegialität den besonderen Fachinteressen mehr Beachtung schenken zu können. Leider waren meist die Zusammenkünfte recht schlecht besucht, so daß ein Weiterbestehen dieser Zusammenkünfte in Frage gestellt war. Am so erfreulicher war es, daß Kollege Lemser in der letzten Zusammenkunft am 11. Oktober konstatieren konnte, daß der rege Besuch die Hoffnung aufkommen lasse, daß mit dem alten Schlandrian gebrochen sei. — In einem Referat: „Kritik der Unternehmer im Lohnkampfe“, dem sich eine rege Diskussion anschloß, bestand es Kollege Klar, die Zuhörer zu fesseln. — Im weiteren Verlauf der Versammlung kamen verschiedene Internia zur Sprache, und sie fanden ihre Erlebigung, so daß wohl manch säumiger Besucher den Eindruck gewonnen hat, daß diese Zusammenkünfte ihrer Zweckmäßigkeit nicht entbehren. Und so konnte Lemser am Schlusse der Versammlung wohl mit Recht zum Ausdruck bringen, daß ein jeder es sich zur Pflicht machen müsse, die Zusammenkünfte regelmäßig zu besuchen, damit in ihm nicht der Glaube aufkomme, daß die Linierer bzw. Linierinnen doch recht gleichgültige Verbandsmitglieder seien.

Leipzig. In der am 11. Oktober stattgefundenen Mitgliederversammlung wurde zunächst der Reorganisation des Fachvereins in der Gestalt zugestimmt, daß ab 1. Oktober die Mitgliedsbücher sowie Beitragsmarken in Fortfall kommen. Die Zugehörigkeit zum Fachverein ist durch Ausdruck auf der Verbandsbeitragsmarke ersichtlich, ebenso wird der Eintritt sowie die geleisteten Beiträge auf einer ins Verbandsbuch einzutragenden Mitgliedsbescheinigung eingetragen.

Durch eine in letzter Zeit angenommene Statistik betreffend die Minimalstundenlöhne wurde festgestellt, daß der Einklang des Tarifes von Seiten einiger Firmen nicht die gewünschte Beachtung geschenkt wird und war es besonders die „Leipziger Buchbinderei-Aktiengesellschaft“ vormalig „Gustav Frischa“, welche in dieser Beziehung in reichstem Maße sündigt. Die getriggerten Lohnsummen sind jährlich nach Tausenden zu berechnen. Es ist festgestellt, daß allein bei 28 Arbeiterinnen die Firma sich jährlich um 4—5000 M. bereichert hat. Aber nicht nur die Stundenlohnarbeiter, sondern auch die Affordarbeiter haben unter der Tarifuntreue zu leiden, denn es ist zu verzeichnen, daß Arbeiter zum Teil bis über 40 Proz. unter Tariflohn angeboten und zum Teil auch hergestell wurden. Als aber die betreffenden Kollegen den ihnen tariflich zustehenden Lohn verlangten, wurde ihnen einfach die Arbeit entzogen und von allen aufzutreibenden Stundenarbeitern fertiggestellt, die natürlich, da die Arbeit drängte, zur Fertigstellung die Sonntage mitbenutzen mußten, während die für diese Arbeit in Frage kommenden Kollegen kaum voll beschäftigt werden konnten. Besonders ist es die Abteilung Katsche, die verschiedentlich zu Klagen Anlaß hat; so läßt dieser Herr durch Hintermänner, sogenannte Tischpolierer, Ueberstunden anordnen. Sobald dann die Leute den ihnen zustehenden Prozentzuschlag für Ueberstunden verlangen, erklärt Herr Katsche: „Ich habe keine Ueberstunden angeordnet.“ Ebenso glaubt Herr Katsche ein Recht zu haben, mit gewissen Leuten Sonderpreise, die dem Tarif widersprechen, zu vereinbaren. Da nun von Seiten des Herrn Direktors Nummer der Verbandsleitung gegenüber mehrfach die Erklärung abgegeben wurde, daß er seine Werkführer angewiesen habe, den Tarif strikte einzuhalten, erwarten wir, daß Herr Nummer nun auch dafür sorgt, daß seine Anordnungen im Punkte Tarifinhaltung auch befolgt werden. Ebenso erwartet die Verwaltung, daß in allen den Betrieben, wo die Einhaltung des Tarifes zu wünschen übrig läßt, die Geschäftskommissionen vorkünftig werden.

Mit einem ausgezeichneten Vortrag des Genossen Myffel über: „Die Vorgesichte des Sozialismus“ wurde die Versammlung geschlossen.

Rundschau.

Zu unseren statistischen Erhebungen, die in der Woche vom 14. bis 19. November aufgenommen werden, kommen Personen-, Werkstatt- und Ortsfragebogen zur Ausgabe. In den Nummern 44 und 45 der „Buchbinder-Zeitung“ werden wir die Fragebogen reproduzieren und an der Hand der Abbildungen zu den einzelnen Fragen Erläuterungen geben, um ein genaues und korrektes Ausfüllen der Fragebogen zu fördern.

Herr Max Klewit, seines Zeichens Buchbindermeister in Rathenow und im Nebenamt Bericht-

erstatter für die „Zeitschrift für Deutschlands Buchbinder“, ist ein Allerweltskerl: er hört das Gras wachsen. In der letzten Nummer der genannten Zeitschrift folportiert er ein „in Rathenow umgehendes Gerücht, daß der Verband (unser Buchbinderverband. D. N.) mit der kommenden Woche die Zahlung der Unterstiftung (für die streitenden Stuisarbeiter. D. N.) einstellen will“. Das ist natürlich Unsinn, denn niemand denkt an so etwas. Aber Herr Max Klewit hat wohl von einem der bestreikten Stuisarbitanten gehört, daß diese so etwas wünschen und flugs setzt er sich hin und schindet daraus einige Zeilen für die „Zeitschrift“. Nachzuforschen, ob das Gerücht auf Wahrheit beruht, das hat er ja nicht notwendig. Wenn Herr Klewit meint, daß es bei beiderseitigem Entgegenkommen nicht zu einem so erbitterten Kampfe zu kommen braucht, dann findet er unseren Beifall. Aber er mag sich doch einmal danach erkundigen, welches „Entgegenkommen“ die Rathenower Stuisarbitanten gezeigt haben. Ein „Entgegenkommen“, welches von der Arbeiterschaft einen Rückschlag nach dem anderen verlangt, kann es natürlich nicht geben. Aber auch wir sind davon überzeugt, wenn die Rathenower Stuisarbitanten Entgegenkommen gezeigt hätten, so wie es ihre Hanauer und jetzt auch ihre Berliner Kollegen gezeigt haben, dann wäre eine Regelung in friedlicher Weise ohne Zweifel erfolgt.

Unfallchronik. Wiederum ein schwerer Unfall an einer Minerbapresse ist von der Maschfabrik Max Fischer in Laubegait bei Dresden zu berichten. Am 1. September geriet eine 19jährige Arbeiterin mit der linken Hand in die Maschine, worüber schon berichtet wurde, und jetzt geriet in dieselbe Maschine eine 20jährige Arbeiterin mit der rechten Hand, wodurch ihr drei Finger verstümmelt wurden. Wahrscheinlich infolge zu schnellen Ganges derselben, denn nach dem Unfall sind alle Maschinen auf einen langsameren Gang gestellt worden. Es wird nun die höchste Zeit, daß von der Berufsgenossenschaft aus das Verbot erfolgt, Arbeiterinnen an solche gefährliche Maschinen zu stellen.

+ Anspruch auf staatliche Invalidenrente. Die Karenzzeit zum Bezug der Invalidenrente beträgt 200 Beitragswochen für alle diejenigen Versicherten, die mindestens 100 Beitragsmarken auf Grund einer versicherungspflichtigen Beschäftigung geklebt haben. Dabei ist es gleichgültig, wann und wo diese 100 versicherungspflichtigen Beitragsmarken geklebt wurden. Wer die letzteren nicht aufweisen kann, sondern sich freiwillig versicherte, hat erst Anspruch auf Rente, wenn er mindestens 500 Beitragsmarken geklebt hat. Bescheinigte Krankheitsperioden werden hierbei, ebenso wie militärische Dienstleistungen, als Beiträge 2. Klasse gerechnet.

Der Antrag auf Invalidenrente kann schriftlich oder mündlich bei der unteren Verwaltungsbehörde (Magistrat usw.) unter Beifügung sämtlicher Aufrechnungsbescheinigungen, der letzten Quittungssarte und der eventuellen Krankheitsbescheinigungen gestellt werden. Anspruch auf Rente haben diejenigen Versicherten, welche nicht mehr fähig sind, ein Drittel desjenigen zu verdienen, was andere ihnen gleichwertige Personen zu verdienen pflegen. Bevor jedoch ein solcher Antrag gestellt wird, ist es sehr empfehlenswert, von sachverständiger Seite sich erst zu vergewissern, ob auch tatsächlich der Anspruch gegeben ist.

Die Berechnung der Invalidenrente erfolgt nach der Anzahl und Höhe der geleisteten Beiträge, ist aber im übrigen konstant; d. h. es wird, unbefürmert um die weiter eintretende gänzliche Erwerbsunfähigkeit oder Hilflosigkeit, stets nur die Rente in gleicher Höhe gezahlt.

rf. Arbeiterschutz in Zelluloidbetrieben. Zu Anfang dieses Jahres haben unser Verband, der Holzarbeiter- und Fabrikarbeiterverband gemeinsam eine Petition an den Bundesrat und Reichstag gerichtet, in der um ausreichenden Schutz der in Zelluloidbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen gebeten wurde. In Nr. 15 unserer Zeitung vom 9. April d. J. ist ein diesbezüglicher Artikel enthalten, nach dem schon früher die Frage grundsätzlich behandelt worden ist. Schneller als sich erwarten ließ, ist ein Eingreifen der zuständigen Instanzen erfolgt. Zwar nicht — wie wir auch bereits in Nr. 28 (Mundschau) mitteilen konnten — vom Bundesrat aus, sondern von den preussischen Ministerien der öffentlichen Arbeiten, des Innern und für Handel und Gewerbe ist eine Verordnung über die Herstellung von Zelluloidwaren und Zelluloidlager sowie über die Aufbewahrung und Verarbeitung von Zelluloid schon im Mai d. J. herausgegeben, die im Augustheft des Reichsarbeitsblattes veröffentlicht werden. Ihrer Wichtigkeit halber ist ein Abdruck im Wortlaut notwendig: „Bei der Vorbereitung der Sonderanforderungen an Warenhäuser und solche Geschäftshäuser, in

welchen größere Mengen brennbarer Stoffe feilgehalten werden, vom 2. November 1907 und bei verschiedenen anderen Gelegenheiten ist angeregt worden, auch Grundstücke für die gewerbepolizeiliche Ueberwachung der Betriebe zur Herstellung von Zelluloidwaren und der Zelluloidlager aufzustellen. Die von dem hiesigen (Berliner) Polizeipräsidenten für seinen Bezirk bereits aufgestellten Grundstücke dieser Art sind deshalb auf unsere Veranlassung von der königlichen Technischen Deputation für Gewerbe geprüft, mit Vertretern der Industrie besprochen, darauf in mehrfacher Hinsicht umgestaltet und von uns genehmigt worden. — Wir übersenden Ihnen Abdrücke der so entstandenen Grundstücke für die gewerbepolizeiliche Ueberwachung der Betriebe zur Herstellung von Zelluloidwaren und der dazu gehörigen Lagerräume und der Grundstücke für die an Zelluloidlager (für Rohstoffe, fertige Waren und Abfälle) zu stellenden Anforderungen mit dem Ersuchen, jedem Gewerbeinspektor Ihres Bezirkes einen Abdruck mit dem Auftrage zustellen zu lassen, die Grundstücke als Anhalt bei seinen Maßnahmen zur Durchführung der §§ 120a bis 120c der Gewerbeordnung zu benutzen. Sie wollen dabei die Beamten darauf hinweisen, daß sie bei der Anwendung der Grundstücke nicht unbedingt an ihren Wortlaut gebunden, sondern verpflichtet sind, unter Berücksichtigung der aufgestellten Grundstücke für jeden einzelnen Betrieb, in dem Zelluloidwaren hergestellt werden, und für jedes einzelnen Zelluloidlager selbstständig zu prüfen, welchen Anforderungen darin mit Rücksicht auf die Sicherheit der Arbeiter und der Nachbarn genügt werden muß.“

Die Grundstücke haben folgenden Wortlaut: „Die königliche Technische Deputation für Gewerbe hat darauf aufmerksam gemacht, daß Brände in Zelluloidlagern und Zelluloidwarenfabriken um so mehr zu befürchten sind, je schlechter das Zelluloid ist, das gelagert oder zur Fabrikation verwendet wird, d. h. je leichter es beim Erhitzen verpufft. Die Technische Deputation für Gewerbe empfiehlt deshalb, Zelluloid, das bereits beim Erhitzen bis zu 150 Grad Celsius verpufft, nicht in die Lager aufzunehmen und nicht zu Zelluloidwaren zu verarbeiten. Die Prüfung der Proben erfolgt am zweckmäßigsten auf folgende Weise:

0,1 Gramm Zelluloid wird in kleinen Stückchen in einem starkwandigen, leicht verforten Reagensglas in einem zuvor auf genau 100 Grad Celsius erhitztes Oelbad gebracht. Vermittels eines auf und ab bewegten Nührers wird die Temperatur des Bades gleichmäßig erhalten. Man erhöht dann langsam und regelmäßig derart weiter, daß die Temperatur um 5 Grad in der Minute steigt, und setzt dies solange fort, bis die Verpuffung der Probe erfolgt. Dann stellt man die Temperatur fest. Diese darf, wenn das Zelluloid als gut gelten soll, nicht unter 150 Grad betragen.

Ich eruche Sie, diese Anregung in geeigneter Weise zur Kenntnis der beteiligten Betriebsunternehmer zu bringen und diesen ihre freiwillige Beachtung zu empfehlen. Von Zwangsmahnen zu diesem Zwecke ist bis auf weiteres abzusehen.“

Die Verordnung bezweckt also zunächst nur, der Gewerbeaufsicht einen Anhalt bei der Revision zu geben. Von einem ausreichenden Schutz ist die Verordnung sehr weit entfernt; sie hat noch nicht den kleinsten Teil der in der Petition zum Ausdruck gebrachten Wünsche erfüllt. Trotzdem begrüßen wir die Verordnung. Ist sie doch der Beweis dafür, daß in den maßgebenden Instanzen die Notwendigkeit eines erhöhten Arbeiterschutzes für die Zelluloidindustrie anerkannt ist. Es stellt zu hoffen, daß sich zunächst die Ministerien der übrigen Bundesstaaten dem Vorgehen ihrer preussischen Kollegen anschließen, daß dann aber eine reichsgefällige Regelung bald nachfolgt. Die beteiligten Kreise, vor allem auch unsere Kollegen und Kolleginnen dürfen aber in ihrem Eifer nicht erlahmen, sondern nachdrücklich auf die Erfüllung ihrer nur zu sehr berechtigten Wünsche drängen. Auf einen Streich fällt kein Baum und ein ausreichender Arbeiterschutz ist nur zu erreichen, wenn die Arbeiter durch ihre Interessenvertretung darauf drängen.

rf. Steigerung der Gefängnisarbeit. Nach dem Bericht, den der württembergische Justizminister über die Verwaltung der Rechtspflege und den Stand der gerichtlichen Strafanklagen für das Etatsjahr 1909/10 kürzlich veröffentlicht hat, ist die Zahl der auf Buchbinderarbeiten, Kartonnagen- und Titelfabrikation beschäftigten Gefangenen gegen das Vorjahr nicht unwesentlich gestiegen. Sie betrug im Durchschnitt 91,6 täglich gegen 75 im Vorjahr. Damit ist dieser Berufszweig von der fünften an die dritte Stelle gerückt, da unter den Gewerbebetrieben nur die Korb-, Holz- und Mattenfabrikation und die Schuhmacherei einen höheren Durchschnitt, und zwar erstere von 139,9, letztere von 106,6 aufweisen. Es ist zwar etwas auf-

fallend, daß die Zunahme ausschließlich auf das Zellengefängnis Heilbronn entfällt, nicht auf das Zuchthaus Ludwigsburg, dessen Inspektor sich durch die Arbeitsgesuche an Stuttgarter Buchbinderzeitung bekannt machte, aber vielleicht sind auch von anderen Stellen solche Arbeitsgesuche versandt worden, ohne daß es bekannt wurde. Jedenfalls erwächst den Kollegen die dringende Aufgabe, diesen Dingen die notwendige Aufmerksamkeit zu schenken und durch geeignete Maßnahmen eine weitere Ausdehnung hintanzuhalten.

Im ganzen waren von 1531 (1483 in 1909) Gefangenen durchschnittlich täglich 1096 mit verschiedenen Lohnarbeiten und im Gewerbebetrieb beschäftigt; auf letztere allein entfallen 791 Gefangene. Durch die Arbeit wurde ein Reinertrag von insgesamt 435 343,89 Mk., oder auf den einzelnen Beschäftigten umgerechnet 396,95 Mk. pro Jahr oder 1,32 Mk. pro Tag erzielt. Der Reinertrag aus dem Gewerbebetrieb allein ist 371 325 Mk., wovon auf die Buchbinderei 22 105 (19 458) Mk. entfallen, die in 33 197 Arbeitstagen erreicht worden sind. Der tägliche Reingewinn daraus pro Beschäftigten ist von 72 Pf. auf 66,6 Pf. gesunken, womit dieser Zweig nunmehr auf der letzten Stufe angelangt ist, da sogar die Siderie 68,1 Pf. pro Tag brachte. Es ist somit der Schluß nicht abzuleiten, daß die Preise sich auf einem ganz unglaublich niederen Niveau bewegen müssen, was im allgemeinen von aller Strafanstaltsarbeit gilt, hier einen ganz besonders scharfen Ausdruck findet.

Im Zellengefängnis Heilbronn wurde in 1908 1 Arbeitstagen 12 537 Mk. Reinertrag erarbeitet, somit 65,7 Pf. pro Kopf und Tag. Die gleichen Zahlen für das Zuchthaus Ludwigsburg sind 11 739 Tage, 7953 Mk. und pro Tag 68 Pf., im Landesgefängnis Hall 2137 Tage, 1257 Mk. Ertrag, pro Tag 58,84 Pf., im Landesgefängnis Rottenburg 239 Tage, 356 Mk. Ertrag, gleich 1,48 Mk. pro Tag. — Für Unternehmer wurden im Zuchthaus Ludwigsburg für 9906,29 Mk. in der Buchbinderei, für 5373,57 Mk. in der Lütenfabrikation und für 15 501,05 Mk. im Zellengefängnis Heilbronn in der Buchbinderei Waren angefertigt, zusammen für 25 407 Mk. — Insgesamt waren in Heilbronn 76, in Ludwigsburg 36, in Hall 8 und in Rottenburg 1 Gefangener in der Buchbinderei tätig, was die Zahl von 121 ergibt und über den täglichen Durchschnitt von 91 um 20 Beschäftigte hinausgeht. — Die Arbeiten sind, wie im Vorjahr, meist für die Heeresverwaltung, Post- und Eisenbahndirektion.

Politik der Woche. Der französische Eisenbahnerstreik, dessen dramatischer Verlauf in den letzten Tagen die ganze Welt in Atem hielt, entspricht nicht ganz dem Begriff einer gewerkschaftlichen Aktion, wie man ihn bei uns in Deutschland versteht. Hierzulande pflegt man erst nach Erschöpfung aller friedlichen Mittel und nach sorgfältiger Abwägung des gegenseitigen Kräfteverhältnisses zur Waffe des Streiks zu greifen. Handelt es sich um einen Konflikt großen Umfanges, bei dem ein Eingreifen der Staatsgewalt wahrscheinlich ist, so wird man nicht unterlassen sich zu fragen, wie sich die öffentliche Meinung dazu verhalten wird. Der Deutsche hat, bevor er zur Tat schreitet, eher zu viel Bedenken als zu wenig, er neigt dazu, über dem Wägen das Wägen zu vergessen. Bei dem Franzosen ist es genau umgekehrt, sie unterliegen der Gefahr, daß bei ihrem Gang zu tollkühnem entschlossenem Handeln die Ueberlegung zu kurz kommt. Das französische Volk hat diese seine Charaktereigenschaft schon oft mit furchtbaren Opfern bezahlen müssen, es hat aber auch durch sie der Welt gesamten Menschheit ungeheuren, unvergänglichen Gewinn gebracht. Also, wenn wir auch manches anders machen, so brauchen wir doch nicht zu glauben, daß wir im Besitz der allein richtigen, für alle Länder gültigen Methode seien. Eines scheidt sich nicht für alle!

Das Mißlingen eines Unternehmens, gleich dem französischen, würde für die deutsche Arbeiterbewegung wahrscheinlich einen ganz furchtbaren Rückschlag bedeuten. In Frankreich dürften aber ähnliche schlimme Folgen kaum zu befürchten sein. Ganz im Gegenteil darf man hoffen, daß die französische Arbeiterbewegung, die französische Demokratie und der französische Sozialismus gestärkt aus der letzten Krise hervorgehen werden. Man wird den Eisenbahnern, auf deren traurige Lage nun die ganze Welt aufmerksam geworden ist, Zugeständnisse machen müssen. Die Macht des Staates gegenüber den kapitalistischen Gesellschaften, die nur durch sein brutales Eingreifen aus einer unerträglichem Zwangslage befreit worden sind, wird gewaltig steigen. Und das bleibt auf alle Fälle ein sehr nütziges Ergebnis. Denn ein demokratisches Staatswesen wie Frankreich kann nicht im Kampfe zwischen Kapital und Arbeit dauernd die Partei des Kapitals nehmen. Wenn sie ihre Bürger zur Arbeit zwingt, so muß sie auch dafür

sorgen, daß ihnen menschenwürdige Existenzbedingungen werden.

Von zwei Seiten aus hat man aus Anlaß der französischen Ereignisse über Demokratie und Republik recht negierend urteilen zu dürfen geglaubt. Auf der einen Seite konnte man da und dort sagen, daß Frankreich eben nur eine Bourgeoisrepublik, eine bürgerliche Demokratie sei. Das ist an sich vollkommen richtig, nur darf man auf kein Wunder warten, durch das die Bourgeoisrepublik, die bürgerliche Demokratie zu einer roten Republik und einer sozialen Demokratie verwandelt werden könnte. Dieser Umwandlungsprozeß kann nur vollzogen werden durch die Aufklärungsarbeit der französischen Sozialdemokratie, der es gelingen muß, die große Mehrheit des französischen Volkes auf ihre Seite zu bringen. Dann wird auch die Zeit sein, den französischen Kapitalisten die Kostenrechnung für die militärische Streikbrecherarbeit zu präsentieren, die der französische Egoismus und Ueber-Hinze, Ministerpräsident Briand, ihnen geliefert hat.

Auf der anderen Seite ist es die reaktionäre Presse Deutschlands, die aus dem französischen Eisenbahnerstreik die Lehre zieht, man dürfe der Demokratie keine Zugeständnisse machen, denn dadurch werde es doch bloß schlimmer. Frankreich sei heute eine demokratische Republik, trotzdem oder vielmehr gerade deshalb gehe es dort drunter und drüber, man müsse also den Anfängen wehren und dreist und gottesfürchtig weiter durch den Dreck der preussischen Reaktion stapfen, sonst werde man haben auch noch so schauerhafte Dinge erleben wie drüben. Andere Weisheit war vom Junkertum nicht zu erwarten als diese, die geflissentlich übersehen, daß das Maß der Zugeständnisse an die Demokratie eben nicht vom guten Willen der Herrschenden, sondern von der Machtentfaltung der Massen abhängt. Und die Massen des deutschen Volkes werden sich durch französische Schredensmären, mögen sie noch so grell aufgepußt sein, nicht davon abhalten lassen, ihre ganze Kampfkraft für die Demokratisierung der deutschen öffentlichen Zustände einzusetzen. Sie brauchen die politische Freiheit wie das tägliche Brot.

Am 20. Oktober sind genau zwei Jahre verfloßen, seit Wilhelm II. die berühmte Thronrede hielt, in der er die Reform des preussischen Wahlrechts als „eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart“ anerkennen mußte. Seit jener Ankündigung ist ein Reichszankler gestürzt und sein Nachfolger, Herr v. Bethmann Hollweg, hat seinen Wechselbalg von Wahlreform nicht durchbringen können. Konervative, Zentrum und Nationalliberale vereinigen sich in dem Bemühen, die Vorlage noch weiter zu verstimeln, bis schließlich der traurige Rest ein verdientes Ende im Willkürstapel fand. Nun wird der preussische Landtag erst im Januar 1911 wieder zusammentreten, aber auch dann wird ihm, wie jetzt feststeht, keine neue Wahlrechtsvorlage unterbreitet werden. Die Offiziösen fürchten nämlich, daß die Wiederaufrholung dieser politischen Streitfrage neue Erregung schaffen und die Reichstagswahlen noch weiter ungünstig, in regierungsfeindlichem Sinne beeinflussen würde. Das Ausbleiben einer neuen Vorlage wird aber voraussichtlich noch viel stärkere Erregung herbeiführen und dem elenden System, das durch den Namen Bethmann Hollweg repräsentiert wird, noch mehr erbitterte Feinde schaffen. Die Behandlung der preussischen Wahlrechtsfrage durch die maßgebenden Faktoren ist ja nicht viel anderes als eine Kette von Massenaufreizungen schlimmster Art.

Die Absicht der Regierung und ihrer Helfer geht offensichtlich dahin, im Lärm der Reichstagswahlen, durch Ablenkung auf andere Gebiete die ganze preussische Wahlrechtsbewegung allmählich einschlafen zu lassen. Ist aber diese Absicht erst durchschaut, dann wird es wieder wie ein Aufschrei durch die Massen gehen: Nun erst recht Wahlrechtsbewegung. Im Zeichen der Wahlrechtsbewegung wird auch der kommende Reichstagswahlkampf geführt werden müssen, denn das preussische Wahlrecht ist für die Sozialdemokratie die beste Wahlparole; in dieser Frage hat sie die erdrückende Mehrheit der preussischen Bevölkerung und ganz Süddeutschland, ohne Unterschied der sonstigen Parteigebinnung auf ihrer Seite!

Die Protestaktion der gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiterklasse gegen die reaktionäre Ausschlagung der Wobaiter Vorlage und die Androhung einer neuen Zuchthausvorlage hat im ganzen Lande einen ausgezeichneten Verlauf genommen. Einstweilen bleiben ja die Trauben der Scharfmacher noch recht sauer, denn der halbtote alte Reichstag, der am 22. November wieder zusammentritt, dürfte zu reaktionären Kraftproben kaum zu brauchen sein. Im nächsten Reichstag wird aber hoffentlich die Sozialdemokratie schon für sich allein eine feste und ein-

flußreiche Minderheit sein, daß sie allen arbeiterfeindlichen Anschlägen erfolgreich wird begegnen können. Das Geschrei der Scharfmacher wird also schließlich nur den einen Erfolg haben, den Arbeitern zu zeigen, wie man sie knechten und treten würde, stände nicht zu ihrem Schutze die starke sozialdemokratische Partei da.

Der gemeinjamer Aufbruch der sozialdemokratischen Parteivorstände und der Generalkommission der Gewerkschaften zum Protejt gegen neue Zuchthausexperimente (siehe heutige Nummer der „Buchbinder-Zeitung“) hat der konservativen Presse zum Beweise dafür erhalten müssen, daß die Gewerkschaften sozialdemokratisch sind. Nach der Meinung der „Kreuzzeitung“ und ihr verwandter Organe müßten die Gewerkschaften wohl ganz stille halten, wenn man ihnen die Schlinge über den Kopf wirft, mit der man sie erdroffeln will. Die Pläne der Scharfmacher laufen darauf hinaus, alles gewerkschaftliche Leben zu vernichten, jede gewerkschaftliche Bewegung gewaltsam zu unterdrücken. Ergreifen die Gewerkschaften nun, wie sich von selbst versteht, alle zweckdienlichen Maßregeln, um dieses Attentat abzuwehren, so wird aus diesem Tatbestand flugs eine neue Anflage geschmiebt! Der Haß der Junkerfaute, die ihr Ende kommen sieht, gegen die aufsteigende Arbeiterbewegung grenzt an das Frankste und eröffnet die Aussicht auf harte Entscheidungskämpfe in naher Zukunft. Es gilt doppelt und dreifach gewappnet zu sein, um sie siegreich zu überstehen!

Abrechnungen

vom 3. Quartal gingen bis zum 18. Oktober bei der Verbandskasse ein: Von Potsdam-Nowames 150 Mk., Königsberg —, Mi., Tilsit 160 Mk., Glogau 43,54 Mark, Dessau 60 Mk., Wittenberg —, Mi., Kiel —, Mi., Lübeck 231,69 Mk., Schwerin 90 Mk., Braunschweig 270 Mk., Detmold 68,27 Mk., Eisenach 100 Mk., Eisenberg 304,80 Mk., Langensalza —, Mi., Weimar 43,91 Mk., Zeitz 101 Mk., Dören 160 Mk., Duisburg-Ruhrort 180 Mk., Gelsenkirchen 68,07 Mk., Köln 395 Mk., Frankfurt 560,10 Mk., Altenburg 200 Mk., Ebersbach-Neugersdorf 106,17 Mark, Göhrzig 102,10 Mk., Leipzig 13 710,60 Mk., Limbach 620,20 Mk., Randel 198 Mk., Saachbrüden 66,29 Mk., Ronitzsch 100 Mk., Gau 17 120 Mk. und von Kaufbeuren 150 Mk. E. Gaueisen.

Adressenänderungen.

Gaubevollmächtigte.

Gau 13. Vertrauensmann für Oberstein-Idar: C. Wengel, Oberstein (Nahe), Wilhelmstraße 45.
Gau 2. G. Brill, Königsberg, Sachheimer Hinterstr. 38.

Vertliche Bevollmächtigte.

Bremen: W. Koberg, Redarstr. 38, pt.
Breslau: P. Pflüger, Hilberndamm 30.
Esen-Ruhr: R. Froberg, Kaiserstr. 35, pt.
Köln a. Rh. Fr. Luft, Alte Wallgasse 14, III.
Stettin: St. Heise, Grenzstr. 2.

Unterstützungsausgähler.

Kaiserslautern: Fr. Huber-Winter, Kartonnagenfabrik, Häfnerstr. (bis 7 Uhr abends).
Köln a. Rh. A. Wolf, Vogteistr. 33, S. II, bei Willach; zu jeder Tageszeit.

Briefkasten.

J. Fr. in St. In dieser Sache habe ich mich an die Druckerei gewandt. — Alte Kollegin in B. Anonyme Sachen verschwinden im Papierkorb. Inserate müssen selbstverständlich bezahlt werden. — E. M. in S. Daß der Kollege, dessen Adresse Sie durch das Inserat in der letzten Nummer wünschten, nicht B. Spöre, sondern Spörl heißt, soll hiermit richtiggestellt sein. Namen deutlicher schreiben. — R. Br. in M. und K. in St. Briefe kosteten Straßporto! — F. M. in K. Inserat kostet 2,80 Mk.

Die Expedition der letzten Nummer hat durch einen Maschinendefekt eine äußerst unliebsame Verzögerung erfahren, so daß ein Teil der Auflage erst am Freitag, den 14. Oktober, zum Versand gebracht werden konnte. Durch diese Mitteilung werden wohl die hier eingegangenen Reklamationen als erledigt betrachtet werden können.

Literarisches.

Verzeichnis der in deutscher Sprache vorhandenen gewerkschaftlichen Literatur. Im Auftrage der Generalkommission zusammengestellt von Johann Sassenbach. Vierte Auflage. (213 Seiten. Preis 60 Pf.) Das Literaturverzeichnis, ursprünglich zu dem Zweck herausgegeben, den Teilnehmern der ge-

vertschaftlichen Unterrichtskurse einen Leitfadern für die Beschaffung gewerkschaftlicher Schriften zu bieten, hat in den vier Jahren, seit seinem ersten Erscheinen, eine wesentliche Veränderung erfahren. Es ist heute nicht mehr ein Bücherkatalog, sondern ein Verzeichnis aller wichtigeren und größeren Kundgebungen über die gewerkschaftliche Bewegung. Neben den in Buch- oder Broschürenform erschienenen Schriften sind alle Artikel der in Betracht kommenden Zeitschriften, sowie die Verhandlungen über bestimmte gewerkschaftliche Fragen auf Gewerkschaftsfongressen und Generalversammlungen der Verbände verzeichnet. Diese Kundgebungen sind zunächst nach Berufen und sodann nach Materien wie: Arbeitszeit, Arbeiterschutz, Arbeiterinnenbewegung, Einigungsweisen, Gewerbeinspektion usw. usw. geordnet. Jeder, der sich über die gewerkschaftliche Bewegung oder einzelne Gebiete dieser informieren will, findet in dem Verzeichnis die Angabe der Quellen, aus denen er die Information schöpfen kann. Für die in der Arbeiterbewegung agitatorisch Tätigen ist die Schrift ein unentbehrliches Hilfsmittel, wenn sie genötigt sind, über bestimmte gewerkschaftliche Fragen zu sprechen oder Vorarbeiten für den weiteren Ausbau der Gewerkschaften zu machen.

Für Gewerkschaftsmitglieder beträgt der Preis bei Bezug durch die Organisation 30 Pf.

Die Schrift ist durch alle Buchhandlungen oder von H. Kube, Berlin S.O. 16, Engel-Ufer 15, zu haben.

J. F. Schreiber-Göttingen bringt zum bevorstehenden Weihnachtsfest eine Reihe Malbücher-Neuerheiten auf den Markt:

Neue Studienblätter zum Blumenmalen in Aquarell. 8 lose Blatt farbige Vorlagen und 8 Blatt zum Nachmalen in Lendrud nebst einer Anleitung zur Selbstausbildung im Blumenmalen. Quartformat. In Mappe. 1,20 M. — **Juwalleria.** Acht farbige Bildertafeln als Vorlagen und 8 Seiten zum Ausmalen nebst Text in kindlichen Reimen. Schmal-Quadrat. In hübschem Buntumschlag. 75 Pf. — **Städteansichten (Malheft); Reiseerinnerungen** als Malvorlag.; in Buntumschlag; je 50 Pf. — **Der Regenbogen.** In Buntumschlag. 30 Pf. — **Die Welt der Kleinen.** Ein Buch zum Malen und Nachzeichnen. 4 farbige Bilderseiten als Vorlagen und 4 Seiten zum Ausmalen. Kleinquart. In Buntumschlag. 30 Pf. — **Willst du malen?** Heft 1-3. Von Ernst Müller-Gräfe. Je 6 Vorlagen zum Ausmalen. Mit Anweisung über Malweise und Malregeln. Kleinquart. In Buntumschlag. Je 25 Pf.

Wahlrecht und Dreiklassenparlament. Herausgegeben von der Landeskommision der preussischen Sozialdemokratie. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin S.W. 68, Preis 1,50 M.

Die Wichtigkeit des Inhalts wird am besten der Ausdruck der Kapitelüberschriften dartun:

1. Die Entwidlung des Dreiklassenwahlsystems.
2. Die Wahlrechtsvorlage des Ministeriums Bethmann

Hollweg. — 3. Die erste Lesung im Plenum des Abgeordnetenhauses. — 4. Die Wahlrechtsvorlage in der Kommission des Abgeordnetenhauses. — 5. Die zweite Lesung im Plenum des Abgeordnetenhauses. — 6. Die dritte Lesung und die nochmalige Abstimmung. — 7. Die Vorlage im Herrenhaufe. — 8. Die Verhinderung des Wechselbalges. — 9. Schlusswort.

Karl Ziefe, Durch Dornen und Disteln. Gedichte eines Proletariats. Verlag von G. Waerer u. Co., Harburg (Elbe). Preis 50 Pf.

Kinderlegen und kein Ende? Von Dr. Friz Brupbacher in Zürich. Neue und vermehrte Ausgabe, Preis 50 Pf., Verlag G. Wirt u. Co. m. b. S. in München.

Die Verteuerung aller notwendigen Bedürfnisse und die Schwierigkeiten der Lebenshaltung bieten den deutschen Arbeitern genügende Veranlassung, sich mit dem in der Schrift dargelegten Standpunkte, sowie den Rathschlägen des Züricher Arztes und Parteigenossen zu beschäftigen.

Die Neuauflage enthält nicht nur eine Wiederlegung der von parteigenösslicher Seite erhobenen Einwände gegen die Richtigkeits des Verfäffers, sondern bringt auch neues volkswirtschaftliches und statistisches Material zu ihrer Begründung.

Alle diejenigen, die die Last des „Kinderlegens“ täglich zu spüren haben, dürften aus der Schrift nicht nur praktische Lehren ziehen, sondern auch ihre Kenntnisse über den Zusammenhang der Bevölkerungsfrage mit den sozialen Mifständen erweitern.

ANZEIGEN

Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse d. Buchbinder etc. (Eingeschr. Hllsk.) Sitz Leipzig.

Verwaltungsstelle Stuttgart.
Unsere langjährigen Mitglieder
Josef Retschart
88 Jahre alt, und
Karl Crotter
51 Jahre alt, sind nach langem Leiden gestorben.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Verwaltungsstelle Hannover.
Freitag, am 28. Oktober, im Ballhof:
Hauptversammlung
zur Entgegennahme der Rechenschaft über das 3. Quartal 1910.
Zahlreichen Besuch erwartet
Die Ortsverwaltung.

Verwaltungsstelle Berlin.
Sonntag, den 29. Oktober 1910,
abends 8 1/2 Uhr:

Hauptversammlung
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 7.
Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Kontrollbericht.
3. Bericht der Revisoren.
4. Verschiedenes und Kassenangelegenheiten.
Die Ortsverwaltung.

Verwaltungsstelle Stuttgart.
Samstag, den 29. Oktober 1910,
abends 7 Uhr:

Viertelj. Hauptversammlung
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
Protokoll, Geschäfts- und Kassenbericht und Verschiedenes.
Pünktliches Erscheinen erwartet
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Annaberg-Buchholz. Nachruf!
Am 5. Oktober verstarb nach längerem Leiden unser Mitglied, der Buchbinder Kollege
Karl Hahn
aus Buchholz.
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Unlieb verspätet.
Unsern lieben Kollegen **Reinhard Rottmann** sowie seiner lieben Braut **Fräulein Emma Baner** zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche!
Zahlstelle Plauen.

Zur Vermählung unseres Kollegen **Anton Herrmann** nebst seiner lieben Braut (unserer ehemaligen Kollegin) **Fräulein Elisabeth Peters** die herzlichsten Glückwünsche.
Die org. Koll. d. F. A. Bagel, Düsseldorf.

Etuisstischler
auf Kartusch und Etalagen findet dauernde Beschäftigung bei **Carl Weber, Berlin, Neue Grünstr. 32.**
Gesucht tüchtige **Etuisarbeiter** auf Samt und Leder.
Fr. Holtermann & Sohn, Hamburg I, Kreuzerstraße 10.

Zur **Mitbenutzung einer kleinen Wohnung** wird eine Kollegin (mit eigenem Bett) gewünscht. Mietentschädigung nach Uebereinkunft. Zutreffen vormittags. **Frl. M. Fischer, Berlin C., Sieberstraße 14, Hof I.**

Anton Spindler, Leipzig-Th.
Vorteilhafte Bezugsquelle
in besten Rotguss-Schriften, Gravuren für Presse und Handvergoldung
Sämtliche Ueberzug-u. Vorsatzpapiere
Japanische Neuheiten
Maschinen, Werkzeuge u. Materialien zu äussersten Preisen
Beste Bedienung! Grosse Musterauswahl!

Günstiges Angebot!
Buchbinderei m. Buchhdl. u. Nebengeschäfte, neugeb. Haus m. Laden, sämtl. Warenb. u. Einrichtung, Maschinen, gegr. 1881, neben der Schule geleg., Stadt von 6000 Ewtn., für 25 000 M. zu verkaufen. Offerten unter **A. A. 63** an die Exped. d. Bl. erbeten.

Die Gold- und Silberschmelzerei, Scheide- und Geätz-Anstalt M. Broh
Berlin SO. 33, Köpenickerstr. 29.
Fernsprecher: Amt IV, 6958.
kauft Kehr- und Staubgold, Goldschmiedere, Goldwatten, Goldgummis sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Rückstände. Vorzügliche Schmelz-, Brenn- und Mahleinrichtungen. — Streng re. lle Bedienung. Anerkennungsschreiben v. In- u. Ausland. Gegründet im Jahre 1896.

Bekannt ist in aller Welt, daß die Werkzeuge mit dem Stempel **F. Klement, Leipzig**, in den meisten Werkstätten mit Vorliebe und höchstem Erfolg benutzt werden.



Oth. Winckler
Kostenfreier Arbeitsnachweis
für Buchbinder
O. Th. Winckler, Leipzig

Inserate finden nur Aufnahme wenn ihnen der Betrag beigelegt ist.

Ein Heilschlag ersten Ranges

ist der Ramscheider Stahlbrunnen! So beschließt Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Liebreich eine längere Abhandlung über diesen eigenartigen Kurbrunnen, „der vermöge seiner glücklichen Zusammensetzung eine Reihe von Wirkungen einflusst, die ihn zur Anwendung bei ganzen Gruppen von Erkrankungen geeignet machen“.

Dankesworte nach erfolgreichen Kuren: „Ich litt seit drei Jahren an Unruhe, Schlafsucht, großer Nerven- und Verdauungs- und Magenschwäche, Rückenschmerzen und Sodbrennen; meine Kräfte gingen so zu Ende, daß ich meine Arbeit nicht mehr verrichten konnte. Durch den Gebrauch von 30 Flaschen Ramscheider Stahlbrunnen bin ich Gott sei Dank wieder so weit hergestellt, daß ich alle Arbeiten verrichten kann.“ — „Wir können es mit Recht sagen, daß wir durch dieses köstliche Wasser unsere Gesundheit wieder erlangt haben.“ — „Ich gestehe offen, daß ich seit dieser Kur erst weiß, wie es einem gesunden Menschen zuzumute ist. Meine fürchterlichen Kopfschmerzen sind seitdem gänzlich verschwunden. Ich wagte anfangs gar nicht, dem Wasser diese Kraft zuzuschreiben, sondern glaubte fast mehr an Einbildung. Aber heute kann ich mit Bestimmtheit sagen, daß ich nur diesem Wasser mein Wohlbefinden verdanke.“ — Solche Worte der Anerkennung nach erfolgreichen Kuren sind der beste Beweis für die trefflichen Eigenschaften dieser Heilquelle. Ausführliche Mitteilungen über Kurverfolge, Anwendungsgebiet und Bezug des Brunnens kostenlos durch: Ramscheider Stahlbrunnen in Düsseldorf O. 123.